GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 180 B — BERLIN • Mittwoch, den 3. August 1932 — 1. JAHRGANG

Von Severing zu Hitler.

Die Wahlwanderung.

Bg. Die eindringlichen Ermahnungen an die Arbeiterschaft, sich nicht durch die Mängel der großen Arbeiterparteien zur Wahlenthaltung verleiten zu lassen, sind erfreulicher Weise nicht wirkungslos geblieben. Auch wir gehörten zu den eindringlichen Mahnern und haben darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft 1 bis 1,5 Millionen Stimmen verlieren würde, wenn es nicht gelänge, die verzweifelten kommunistischen Wähler, die bei den jüngsten Landtagswahlen zu Hause blieben, wieder zur Wahlurne zu bringen. Die enttäuschten kommunistischen Wähler haben bewiesen, daß sie sich durch die Unvernunft ihrer Führer nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber dem legalen Vormarsch des Faschismus bringen lassen. Die enttäuschten Wähler der Arbeiterschaft haben diesmal, wo so viel auf dem Spiel stand, alle wieder gewählt, so daß die Kommunisten ihre Verluste wieder wettmachen konnten. So wird auch ganz deutlich, daß die Behauptung, die Nazis hätten ehemalige kommunistische Wähler zu sich gezogen, aus der Luft gegriffen war.

•

Wir schrieben vor einigen Tagen, daß die Nazis ihre Gewinne hauptsächlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien und auf Kosten der Partei der Nichtwähler gemacht haben. Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom vorigen Sonntag bestätigen diese Auffassung. Die bürgerlichen Parteien sind [illegible] eingeschrumpft. Und ebenfalls zeigt sich,

daß die Gewinne der NS umso größer sind, je mehr die Wahlbeteiligung zugenommen hat:

In 10 Wahlkreisen hat die Wahlbeteiligung nicht zugenommen, dort haben die NS im Durchschnitt 16,5 Prozent *aller* Wähler (also nicht nur 16,5 Prozent der *eigenen* Wähler) hinzugewonnen (verglichen mit der Reichstagswahl 1930). In 24 Wahlkreisen hat die Wahlbeteiligung zugenommen, dort haben die NS 20,5 Prozent aller Wähler neu gewonnen. Wir sehen also deutlich:

Die NS haben gewonnen, erstens auf Kosten der bürgerlichen Parteien, zweitens durch die Zunahme der Wahlbeteiligung.

Bemerkt sei noch, daß bei diesen und bei allen anderen Berechnungen dieses Aufsatzes die Ergebnisse aller 35 Wahlkreise mit Ausnahme des Wahlkreises Düsseldorf-Ost berücksichtig sind. Die Ergebnisse von Düsseldorf-Ost stehen mir im Augenblick noch nicht zur Verfügung.

Interessant ist, daß die streng katholischen Gegenden dem nationalsozialistischen Vormarsch den erfolgreichsten Widerstand entgegengesetzt haben. Am krassesten zeigt sich das im Wahlkreis Köln-Aachen, wo die Nationalsozialisten nur 6 Prozent aller Wähler neu hinzugewonnen und im ganzen erst 20 Prozent der Gesamtwählerschaft erfaßt haben, also halb soviel wie im Reichsdurchschnitt.

•

Aber nicht nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien und auf Kosten der Nichtwähler haben die Nazis gewonnen;

auch viele Wähler, die 1930 noch sozialdemokratisch wählten, sind jetzt direkt zu den NS übergeschwenkt.

Schon anläßlich der preußischen Landtagswahl haben wir zeigen können, daß entgegen den Behauptungen der sozialdemokratischen Presse nicht die Kommunisten, wohl aber die Sozialdemokraten den NS Wählermassen geliefert haben. Jetzt wird dieser Uebertritt zur Reaktion noch viel deutlicher. Jeder, der die sozialdemokratische Kampftaktik noch für richtig hält, überzeuge sich durch eine genaue Betrachtung der Ergebnisse aus allen Wahlkreisen von den Folgen dieser Kampftaktik.

In 10 Wahlkreisen hat die SP nichts oder höchstens ein Prozent *aller* (also nicht nur der eigenen) Wähler verloren (verglichen wieder mit 1930); in diesen 10 Wahlkreisen haben die NS „nur" 15,5 Prozent aller Wähler neu hinzugewinnen können. Wo aber die Sozialdemokraten 2 bis 4 Prozent aller Wähler verloren (in 16 Wahlkreisen), da haben die NS 20,5 Prozent aller Wähler hinzugewonnen, und wo die SP noch mehr verloren hat, nämlich 5 bis 8 Prozent aller Wähler (in 8 Wahlkreisen), da haben die NS sogar 21,5 Prozent neue Wähler hinzugewinnen können.

Es steht also fest: Je mehr die Sozialdemokraten verloren haben, umso mehr haben die NS gewonnen.

Nun könnte vielleicht noch jemand behaupten, daß die sozialdemokratischen Verluste zwar *zum Teil*, nicht aber *nur* dem Faschismus, sondern zum anderen Teil dem Kommunismus zugute gekommen sind. Diese Behauptung ist schon darum unwahrscheinlich, weil die Kommunisten gar nicht viel gewonnen, sondern im wesentlichen nur ihren Stand von 1930 gewahrt haben. Wer aber die Ausflucht machen will, daß vielleicht die Sozialdemokraten an die Kommunisten verloren haben, diese aber von ihrem alten Bestand einiges an die NS abgeben mußten, dem können wir zeigen, daß diese Vermutung den Tatsachen nicht entspricht. Betrachten wir noch einmal die eben genannten Gruppen von Wahlkreisen, also die mit keinem, die mit mittlerem und die mit großem SP-Verlust, so finden wir,

daß die kommunistischen Gewinne ganz unabhängig von der Höhe der sozialdemokratischen Verluste im Durchschnitt immer 1,1 bis 1,3 Prozent der Gesamtwählerschaft ausmachen.

Die KP ist also nicht eine Partei, die den Sozialdemokraten Stimmen fortnimmt, um diese Stimmen den Faschisten auszuliefern. Eher dürften wir noch behaupten, daß die Kommunisten es verstanden haben, den Nazis wieder einiges von dem zu entreißen, was diese vorher der Sozialdemokratie fortgenommen haben: In den Wahlkreisen, in denen die KP

Die organisierten Teilaktionen der SA.

Zwei Tote.

Hitler hat sich auch am 31. Juli wieder als ein Reformist ohne Entschlußkraft gezeigt, und viele seiner SA-Leute werden sich fragen, wozu eigentlich der Aufbau des militärischen Machtapparats der Nazis gedient haben soll, wenn Hitler auf die Entwicklung der nationalsozialistischen Stimmzettelkurve wartet, die zudem beginnt, sich nach unten umzubiegen. Die SA-Ueberfälle, die dem Wahltag unmittelbar folgten, erwecken zum Teil den Eindruck, als seien SA-Unterführer, von Hitlers Reformismus enttäuscht, darangegangen, auf eigene Faust eine Aufstandsbewegung zu entfesseln, in die dann Hitler hineingerissen werden könnte.

Die Ueberfälle, die in der Nacht nach der Wahl in Königsberg erfolgten, verraten eine Organisierung mindestens im Stadtmaßstabe. Ueber sie ist nachzutragen, daß der Kommunistenführer Sauff an seinen Schußverletzungen gestorben ist; auch der Kommunist Zirping liegt in hoffnungslosem Zustand darnieder. Was die Ueberführung der Schuldigen angeht, so ist bisher das Auto ausfindig gemacht worden, das am Montag früh durch die Stadt fuhr und die Feuermelder einschlug, um die Feuerwehr abzulenken von den Erfolgen der Brandbombenanschläge auf die Häuser der republikanischen Zeitungen. Das Auto gehört einem NS und dient zur Lieferung von Zeitungen. Die Polizei hat eine Belohnung von 5000 Mark auf die Ergreifung der Attentäter ausgesetzt. Am Dienstag teilte die Telegraphen-Union noch mit, die Königsberger Polizei nähme an, „daß es sich um die impulsive Tat unverantwortlicher Elemente" gehandelt habe. Daß sie keine Parteizugehörigkeit angibt, bestärkt den Verdacht, daß es sich um Nazis gehandelt hat. Um so unverschämter wirkt der Schrei des „Völkischen Beobachters", „Schluß mit der Mord-Kommune"!

Eine zentrale Organisierung zeigen ferner die Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein.

Sie wurden ebenfalls in der Nacht nach der Wahl ausgeführt in einer Reihe von Orten: Altona, Barmstedt, Elmshorn, Glüsing, Krempel, Lunden, Marne, Pinneberg, Rendsburg, Uetersen. Sie vollzogen sich so, daß aus Autos Handgranaten auf sozialdemokratische und kommunistische Parteibüros und Verkehrslokale, auf Wohnungen sozialdemokratischer und kommunistischer Führer und auf Konsumgebäude geworfen wurden.

Auch in Braunschweig wurden am Montag früh aus Autos Sprengkörper gegen Gebäude der Arbeiterschaft geworfen.

Daß die SA *gerüstet* war für Aktionen im Anschluß an den 31. Juli, zeigt ein Tatsache wie die, daß in *einem* leerstehenden Fabrikgebäude in der Nähe von Bochum in der Nacht zum Montag 933 (!) uniformierte SA-Leute mit Marschgepäck und Proviant untergebracht waren. Die Polizei fand bei der Durchsuchung des Geländes mehrere Pistolen, Dolche, Munition und eine Eierhandgranate.

Derartige Waffenfunde machte die Polizei auch bei der Durchsuchung eines mit SA belegten leerstehenden Fabrikgebäudes in Tschanch (Schlesien).

Wenn auch die Gelegenheit des 31. Juli dank den Hitlerschen Reformismus für die SA verpaßt ist, so muß man damit rechnen, daß die für diesen Tag aufgestapelte Bürgerkriegsenergie mit den Teilaktionen in Schleswig-Holstein und Königsberg nicht verpufft ist und daß die Wut der enttäuschten Freischärler sich in einzelnen Ueberfällen in den nächsten Tagen in verstärktem Maße Luft macht.

•

Die Zahl der Todesopfer bei der Schießerei im Hamburger Gängeviertel hat sich auf zwei erhöht.

Die aus SA gebildete oldenburgische Hilfspolizei hat sich in der Nacht zum Sonntag selber ein Gefecht geliefert (bei Eutin): eine Abteilung hatte die andere für Kommunisten gehalten.

Die nationalsozialistische oldenburgische Hilfspolizei ist im Gegensatz zu der regulären Polizei mit Handgranaten ausgerüstet.

Blutige Zusammenstöße mit SA sind weiter aus Aachen, Dresden, Nürnberg und Stuttgart gemeldet.

In einer Ziegelei in Kynau (Niederschlesien) wurden 450 Sprengpatronen gestohlen.

Nazi-Ueberfälle auf Arbeitersiedlungen.

Nach bewährtem Muster.

L. G. **Frankfurt a. M., 30. Juli.**

Am Freitag abend veranstalteten die „Eiserne Front" und die KPD große Wahlkundgebungen in der Festhalle und im Hippodrom. Diese Gelegenheit benutzten die Nazibanditen, um in zwei Arbeitersiedlungen einzudringen. In der Siedlung Riederwald ist es dabei zu schweren Zusammenstößen gekommen, wobei es mehrere Schwer- und eine ganze Anzahl Leichtverletzter gab. Der Ueberfall scheint von den Nazis gut vorbereitet gewesen zu sein. Sie hatten in der letzten Zeit schon öfter gedroht, in den Riederwald zu kommen, haben es aber wohl aus Angst vor der überwiegend linken Einwohnerschaft nicht gewagt. Die Abwesenheit der KP- und SP-Genossen am Freitag abend hat ihnen nun offenbar „Mut" gemacht. Kurz vor Mitternacht wurden mehrere Trupps Nazis auf Fahrrädern beobachtet, die nach der Siedlung fuhren. Rot- und blaue Leuchtkugeln wurden dabei abgeschossen. In dem an die Siedlung angrenzenden Wald wurden zur gleichen Zeit Schreie und Pfiffe gehört. Gleichzeitig drang ein Haufen Nazis in die Siedlung ein. Sofort kam eine Schlägerei mit den Einwohnern in Gang, in derem Verlauf die Nazis eine Menge Schüsse abgaben.

Soweit bekannt wurde, sind bei der Schlägerei nur Arbeiter aus der Siedlung durch Schüsse und Messerstiche, zum Teil sehr schwer, verletzt worden.

Nach der Schießerei zogen sich die Angreifer schnell zurück. Angeblich soll die in der Siedlung stationierte Polizei vollkommen machtlos gewesen sein. Die Arbeiter sind darüber anderer Meinung. Die Polizei soll sich nicht sehr nazigegnerisch benommen haben. Ein Polizist hat es sogar abgelehnt, das Ueberfallkommando anzurufen und soll durch die erregten Bewohner erst unter Androhung von Prügel dazu gezwungen worden sein. —

Die Schwerverletzten mußten in ein Krankenhaus überführt werden, während Leichtverletzte durch die Arbeitersamariter behandelt wurden.

Kurz nach Mitternacht wurde der Polizei mitgeteilt, daß ein Trupp von 200 uniformierten SA-Banditen sich zwischen der Siedlung und dem Stadtteil Bornheim aufhielt. Von einem Ueberfallkommando wurden diese Wegelagerer lediglich aufgefordert, weiterzugehen. Erst später wurde ein größeres Polizeiaufgebot eingesetzt, welchem die Nazis jedoch heftigen Widerstand leisteten. Bei einem Teil der Kolonne wurden Waffen aller Art gefunden. Der Führer des Trupps wurde vorläufig festgenommen.

•

Der andere Ueberfall der Nazi richtete sich gegen die Friedrich-Ebert-Siedlung. Hier benutzten sie die Gelegenheit der Abwesenheit vieler Bewohner, um die in großer Zahl ausgehängten Fahnen der Kommunisten und der „Eisernen Front" abzureißen. Dabei drangen sie, obwohl ihnen Widerstand entgegengesetzt wurde, in die Häuser ein, um von den Fenstern der Treppenhäuser aus die Fahnen herunter zu reißen.

gewonnen hat, haben die NS im Durchschnitt etwa ein Prozent weniger zugenommen, als in den Wahlkreisen, in denen die KP nichts gewonnen hat.

Wir wollen auf diesen kleinen Unterschied nicht allzu viel Gewicht legen; es steht aber fest, daß die KP unbeschadet aller Fehler, die wir ihr vorwerfen müssen, immer noch das stärkste Bollwerk gegen den Faschismus darstellt.

*

Wer jetzt noch die sozialdemokratische Behauptung wiederholt, daß nicht die SP, sondern die KP den Faschisten Stimmen liefert, der steht nicht nur im krassem Widerspruch zur leicht erkennbaren Wahrheit, sondern er begeht auch den unverantwortlichen Leichtsinn, die verhängnisvollen Folgen der Taktik, die von den Sozialdemokraten gegenüber den NS angewandt wird, zu verbergen.

Oft genug haben wir darauf hingewiesen, daß es ein schwerer Irrtum ist, wenn die SP glaubt, sie könne den Kampf gegen die Faschisten druch die Parole „Wir sind auch national" führen. Noch am Sonnabend abend vor der Wahl betonte Severing in seiner Rundfunkrede diesen sozialdemokratischen Standpunkt; er verwahrte sich gegen den Vorwurf des Landesverrats, betonte die nationale Gesinnung der SPD und sagte vor allem, die Sozialdemokratie habe bewiesen, daß sie das Vaterland über die Partei stellt. Wann werden die Sozialdemokraten merken, daß man mit der Politik des „Auch-national" nur erreicht, daß die Menschen die Worte Severings und seiner Freunde ernst nehmen, daß sie also die nationale Sache für eine erstrebenswerte Sache halten? Wer aber die nationale Sache „über die Partei", also über den Sozialismus stellt, und wer überhaupt die nationale Sache für ein kostbares Gut hält, der wird, wenn er nicht ein trottelhafter Greis ist, der von jedem nur ein bißchen möchte, konsequent genug sein, gleich dorthin zu gehen, wo die nationale Sache zur Hauptsache gemacht wird,

er wird also durch die sozialdemokratische Taktik zu den NS getrieben.

Und zum Schluß wollen wir nicht vergessen, daß noch ein anderes Kämpfmittel Severings und seiner Freunde den Nazis zugute gekommen ist. Severing kennt nämlich, wie seine Rundfunkrede zeigte, nichts anderes als: Entweder Faschismus oder Demokratie. Da er gegen den Faschismus ist, tritt er (wie alle sozialdemokratischen Führer) für die Demokratie ein. Merkt er nicht, daß die Demokratie ein hervorragendes Mittel ist, den Nazis einen legalen Vormarsch zu sichern? Und merkt er nicht, daß erst durch die Demokratie die rechtswidrigen Ziele der NS legalisiert worden sind?

In einer vernünftigen Staatsordnung könnte niemand große Erfolge machen, der mit den Parolen auftritt: Für die Unvernunft, für Willkürherrschaft, für die Verschärfung der Ausbeutung. In einer Demokratie aber, wo man zwischen berechtigten und unberechtigten Zielen nicht unterscheidet und daher jedem die gleichen Rechte einräumt, und wo man auf Staatskosten dem Bürger eine Speisekarte vorlegt, auf der er nach freier Wahl etwas ankreuzen möge, da glauben die Menschen ebenso wie ihre demokratischen Regenten, Unvernunft, Willkür und Ausbeutung seien ebenso berechtigt wie Recht, Freiheit und Kultur.

*

Die Wahlergebnisse zeigen also, daß wir im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus gut taten, die KP der SP vorzuziehen. Bei den Kommunisten finden wir zum mindesten eine erheblich geringere Freundschaft für eine Staatsform, die ihre Kraft den Papierzetteln eines Gefäßes entnimmt, das nicht nur äußerlich einem Würfelbecher ähnelt. Außerdem finden wir bei den Kommunisten mehr als bei den Sozialdemokraten statt nationaler Phrasen die Auffassung:

Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

Die Diagnose des Auslands zum 31. Juli.

S. H. Der Kommentar der Auslandspresse zum 31. Juli kreist um die drei Themen: Radikalisierung Deutschlands, Aussichten Hitlers und Stabilität der Regierung Papen-Schleicher.

Die Radikalisierung Deutschlands wird zunächst durch die grobe Summierung der nationalsozialistischen und kommunistischen Stimmen errechnet, die eine absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen ergibt. Diese Rechnung, die z. B. in Prager und Schweizer Blättern angestellt wird, hat natürlich eine deutlich erkennbare politische Tendenz, nämlich die, Deutschland als einen Gefahrenherd hinzustellen, dem gegenüber man Repressalien bereithalten muß.

Sinnvoll wäre die Summierung nur dann, wenn entweder ein Zusammengehen der beiden radikalen Flügel in Frage käme, oder, beim Versagen des einen politischen Flügels, das Hinüberwechseln der früheren Mitglieder zu der anderen Gruppe in Aussicht stände. Wenn dieses Hinüberwechseln auch bei gewissen Schichten der NS möglich ist, so ist doch zur Zeit von einer Verschmelzung der Kräfte beider Lager und einer dadurch bedingten Erhöhung ihrer politischen Bedeutung überhaupt keine Rede. Der Klassencharakter, der bei der kommunistischen Partei klar ist und bei ihr im Großen und Ganzen auch festgehalten wird — die Scheringer-Experimente erwiesen sich als ein allzu durchsichtiger Propagandatrick — ist bei den NS völlig verwischt. Allein schon die *finanzielle* Abhängigkeit der Hitler-Bewegung von kapitalistischen Geldgebern hat es verursacht, daß nicht nur ihre Zusammensetzung, sondern vor allem ihre Führung das Straßersche Element, das einen ernster zu nehmenden Radikalismus enthält, zurückgedrängt hat.

Was das Anwachsen der Kommunistischen Partei anlangt, so hat es im Ausland, genau wie in Deutschland, Erstaunen erweckt; es wird aber im Ganzen ruhig aufgenommen. Die „Bolschewisierung Deutschlands", die von der deutschen Rechten als Schreckgespenst an die Wand gemalt wird, stößt im Ausland auf wenig Glauben.

Hitlers Wahlerfolg wird im allgemeinen dahin gedeutet, daß ihm der *Durchbruch* nicht gelungen ist und nach diesem Wahlergebnis auch nicht gelingen wird. In einer englischen Zeitung heißt es: „Ein nationalsozialistischer Putsch könne endgültig aus der Rechnung gestrichen werden." In einem anderen englischen Blatt: „Hitlers Hoffnungen seien für immer dahin." Im holländischen „Telegraph" hat der Berliner Vertreter des Blattes von Hitlers „Marneschlacht" gesprochen. Selbst in italienischen politischen Kreisen, natürlich nicht in der amtlichen Presse, wird davon gesprochen, daß die Aufstiegsbewegung der NS deutlich zum Stillstand gekommen sei. In einer italienischen Zeitung wird die Aeußerung eines deutschen Nationalsozialisten abgedruckt: „Diese Regierung Papen wird uns um die nationale Revolution bringen."

Das Urteil dieses Nationalsozialisten steht nicht vereinzelt da. Es wird nicht nur in weiten Kreisen Deutschlands geteilt; auch das Ausland schließt sich ihm an. Das Ausland zieht daraus weitgehend die Konsequenz, daß

der Nicht-Durchbruch Hitlers die Papen-Schleicher-Regierung fester in den Sattel gesetzt habe.

Man rechnet weit weniger mit einer parlamentarischen Regierung, die vom Zentrum aus nach rechts geht, als mit einer „stillen" Revolution von oben, die dem bisherigen Schleicher-Regiment eine neu zu schaffende verfassungsmäßige Grundlage gibt.

Solche Stimmen finden sich von Paris bis Wien.

Die Stellungnahme der Regierungsblätter der verschiedenen Länder

entspricht selbstverständlich der außenpolitischen Linie, die die Kabinette verfolgen.

Durch die italienische Presse zieht sich, wie die „Telegraphen-Union" meldet, als roter Faden die Genugtuung über den Zusammenbruch der Weimarer Verfassung und das Vertrauen in die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung. Deutschland geht nach dem „Giornale d'Italia" den schicksalsmäßigen Weg zu Hitler. Die „Tribuna" weist darauf hin, daß das Zentrum seine politische Stärkung den Stimmen der als katholische Wähler verkleideten Juden verdanke. Daß die nicht-amtlichen politischen Kreise die Lage anders ansehen, haben wir gemeldet.

Von den beiden Ländern, die heute die Politik Europas bestimmen, von England und Frankreich, steht die englische amtliche Presse, wie übrigens auch fast alle anderen englischen Blätter, der deutschen Entwicklung sehr gelassen gegenüber. Die „Times" sagt, daß man in Deutschland keine aufsehenerregende Entwicklung zu erwarten brauche. Der liberale „Star" hofft von Papen, daß er mit Weisheit und Mäßigkeit weiterregieren werde. Die konservative englische Regierung ist also, alles in allem, damit einverstanden, daß auch in Deutschland konservativ regiert wird. Die Erfahrungen, die die englischen Regierungsvertreter mit den Bevollmächtigten der jetzigen deutschen Regierung in Lausanne und Genf gemacht haben, berechtigen sie zu der Hoffnung, daß das deutsche „Mit-der-Faust-auf-den-Tisch-Schlagen" halb so schlimm ist, daß das Bündnis England-Frankreich im entscheidenden Augenblick seine beschwichtigende Macht schon ausüben werde.

Die französische amtliche Presse ist im Hinblick auf ihre Aufrüstungspolitik nicht ganz so ruhig wie das kühle Albion. Sie sprechen von einem parlamentarischen Sieg Papen-Schleichers, der nach ihrer Meinung darin besteht, daß dieses Kabinett wegen des Ausbleibens einer klaren Majorität die Möglichkeit erhalten habe, weiter ohne Parlament zu regieren. Diese Aussicht, daß Papen sich auf den außerparlamentarischen Boden stellen wird, erweckt selbstverständlich Beunruhigung. Diese Ueberlegungen dienen dazu, das Urteil der französischen Regierung über ihre eigene bisherige Politik, die in der Mission besteht, den Frieden in Europa zu wahren, nach der Richtung hin zu festigen, daß die von Frankreich geforderten Sicherheitsgarantien notwendig seien. Wir werden gerade die französischen Presseurteile, die bisher nur sehr schlagwortartig vorliegen, genauer verfolgen und dann über sie berichten.

Sie wollen Hitler zähmen.

Bayerische Volkspartei zur Wahl.

Wo sich in ehemals radikalen Bewegungen Ansätze zum Reformismus zeigen, werden sie vom Zentrum warm begrüßt und gepflegt. Brüning sprach neulich von der jahrzehntelangen „Erziehungsarbeit", die in diesem Sinne an der Sozialdemokratie geleistet worden ist.

Derselbe Ton kommt jetzt wieder gegenüber den Nazis zum Ausdruck und führt beim Zentrum zu der Parole: hinein mit ihnen in die Verantwortung. So schreibt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz":

Hitler müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß er eine starke und große Partei geschaffen habe, daß aber seiner Bewegung Grenzen gesetzt seien. Die Wahlen wären sinnlos gewesen, wenn die stärkste Partei nunmehr nicht in die offene Regierungsverantwortung einrücken wollte. Für die nationalsozialistische Bewegung sei die Stunde gekommen, sich einzufügen und einzuordnen und damit ihren Traum auf eine Parteidiktatur preiszugeben. Nur so bestehe Aussicht, daß die Kraft der unerschütterten Mitte für eine Mehrheitsbildung im neuen Reichstag gewonnen werden könnte. Den Traum, die Bayerische Volkspartei und das Zentrum zu zerschlagen und aus der deutschen Politik auszuschalten, müßten die Nationalsozialisten aussträumen.

*

Es ist eine große Kunst, die nur einer Partei mit sehr festen Grundsätzen gelingen kann: die Stoßkraft gegnerischer Bewegungen durch „Erziehungsarbeit" zu lähmen.

Der christliche Fundamentalsatz.

Der Reichskanzler von Papen hat an den Kardinal Bertram, als den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Sorgen der geistlichen Herren wegen der herrschenden Unsicherheit zu zerstreuen sucht.

Der Schluß des Briefes ist besonders interessant; denn er zeigt, daß von dem ganzen Christentum dieser Herren nichts geblieben ist als die Anbetung der rohen Gewalt:

„Euer Eminenz haben in Ihrem Schreiben vom 16. Juli mit Recht betont, daß allen treu christlich gesinnten Kreisen das Gebot des göttlichen Meisters heilig sei, Achtung und Gehorsam der obrigkeitlichen Gewalt zu leisten. Die Reichsregierung vertraut darauf, daß dieser christliche Fundamentalsatz auch bei den christlichen Kreisen Beachtung finde, die einzelnen politischen Maßnahmen einer Regierung ablehnend gegenüberstehen, deren vordringlichstes Wollen es ist, die christliche Weltanschauung wieder zur Achse aller Staatsgesinnung zu machen."

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

44)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Das Boot vermindert seine Fahrt.

Eins der Schiffe taucht auf; vorn ist es an einer Boje vertäut. Wie ein Berg liegt es da, so schwer und so leblos. Die vierzehnhundert Mann Besatzung schlafen schon. Das Boot gleitet dicht an der Schiffslampe vorbei, die tief am Fallreep hängt und einen trüben Schein auf das Wasser wirft.

Dann taucht das zweite Schiff des Geschwaders auf.

Und dann das dritte, der „Große Kurfürst".

Die Urlauber steigen das Fallreep hoch.

Oben steht verschlafen der Posten und nimmt die Urlaubskarten entgegen. Die Urlauber gehen nach vorn, Papendieck mit den Matrosen in die Vorbatterie und Bonczyk mit den Heizern in die Mittschiffskasematte.

Die an Bord Gebliebenen liegen in den Hängematten und schlafen. Bonczyk und die anderen holen sich ihre Hängematten und spannen sie aus, aber sie legen sich noch nicht hin. Hier in der Wärme des Decks tauen sie wieder auf.

„Wenn wir nicht weggelaufen wären!" sagt einer.

„Die Gewehre hätten wir ihnen abnehmen müssen."

„Aber wir sind ja viel zu feige, das haben wir doch gesehen!"

„Gerade hatte ich meinen Onkel getroffen, der arbeitet auf der Werft. Der sagte zu mir: ‚Nanu, Hermann, wo wollt ihr denn hin, was geht denn jetzt los?' Da knallt's auch schon! Und alle fangen an zu laufen, ich natürlich mit."

Aus den Hängematten richtet sich einer auf.

Dann noch ein zweiter und ein dritter.

„Macht nicht solchen Krach!"

„Wer soll denn hier schlafen?"

„Könnt ihr nicht leise sprechen?"

„Was? Leise sprechen! Wißt ihr, was heute passiert ist?"

„Was ist denn in Kiel losgewesen?"

„Auf uns geschossen haben sie!"

„Geschossen . . ."

„Ja, die vom Seebataillon!"

„Nein, das waren verkleidete Offiziere!"

Noch mehr werden munter. Sie klettern aus den Hängematten. In Unterhosen, in Hemden drängen sie sich um eine Lampe der Nachtbeleuchtung. Einer erzählt von der Versammlung auf dem Großen Exerzierplatz, von dem Sturm auf die „Waldwiese", vom Demonstrationszug und vom Zusammenstoß vor der Feldstraße und von dem erschossenen Schorsch.

„Den kennt ihr doch, so 'n langer Schwarzer!"

„Erst wollen sie mit uns nach England. Und jetzt, wo wir nicht mitgemacht haben, kommt's so!"

„Vier Jahre haben wir zusammen auf den Schiffen gesessen, und jetzt werden wir über den Haufen geknallt!"

„Totschlagen müßte man die Hunde!"

„Alle in die Ostsee schmeißen!"

Papendieck ist in die Kasematte gekommen:

„Hört mal, Kameraden! Oben im Mannschaftsklosett haben wir uns besprochen. Morgen früh wird ein Matrose ‚Alle Mann achterraus' pfeifen. Und dann sollen alle, die keine Wache haben, achtern auf der Schanze antreten, fertig zum Anlandgehen, Anzug, erste Garnitur, blau. Der Erste Offizier muß uns Rede stehen. Die Schuldigen müssen bestraft werden!"

„Ja, die müssen bestraft werden!"

„Die müssen auch erschossen werden!"

Papendieck bespricht die Sache noch mit Bonczyk, dann geht er weiter, durch die anderen Kasematten. Auch dort hocken erregt disputierende Gruppen unter den Hängematten. In der Mittschiffskasematte tauchen immer neue Gesichter unter der roten Notlampe auf, immer neue Einzelheiten werden mitgeteilt und besprochen. Erst gegen Morgen wird die Gruppe kleiner, und einer nach dem andern klettert in die Hängematte zurück.

Ueber hundert schlafen in der Kasematte, über tausend in den gesamten Räumen des Schiffes. Die Luft ist dick von den vielen Menschen, und der Schlaf kommt wie eine schwere Betäubung. Dabei liegt das Schiff wie vermauert in dem stillen Wasser. Es ist, als ob das Blut in diesem großen Eisenkörper langsam zu stocken anfinge.

Und doch ist eine Unruhe in allem. Irgendwo wird eine Tür geöffnet und vorsichtig wieder geschlossen. Schritte tappen heimlich durch die verdunkelten Räume. Einer spricht aus dem Schlaf.

Röcheln.

Stöhnen.

Ein paar Hängemattennachbarn flüstern:

„Glaubst du, der Krieg nimmt überhaupt ein Ende?"

„Mit dem Gewehr in der Hand werden wir uns noch nach Hause durchschlagen müssen!"

„Morgen früh, auf der Schanze, Anzug erste Garnitur, blau!"

Morgen sieben Uhr. Das gelbe elektrische Licht brennt auf.

Die Bootsmaaten der Wache pfeifen das Wecksignal. Sie gehen durch die Räume und singen aus: „Reise, reise, hoch das Bein — ein jeder stößt den anderen an, ein jeder sagt's dem Nebenmann — alle Mann zurrt Hängematten!"

Die Unteroffiziere brauchen heute nicht lange zu wecken. Die Leute springen aus ihren Hängematten heraus, zurren sie zusammen und stauen sie weg.

„Backen und Banken!" rufen die Maate.

Tische und Bänke werden aufgestellt.

Die Backschaften bringen den Kohlrübenkaffee und stellen die Marmelade auf die Tische. Zehn oder zwölf Mann sitzen an jedem Tisch. Sie stürzen den Kaffee runter und essen eine oder zwei Schnitten Brot.

Die Schiffsroutine geht ihren gewöhnlichen Gang.

Bis der „Alle Mann-Pfiff" ertönt:

„Alle Mann antreten auf der Schanze!"

Der Befehl wird weitergegeben, von Mann zu Mann, von Raum zu Raum: „Alle Mann antreten auf der Schanze! Anzug erste Garnitur, blau!"

Der Erste Offizier ist noch beim Rasieren.

Er ruft den Läufer, und da der nicht schnell genug kommt, klingelt er nach seinem Burschen: „Was ist los? Wer hat Befehl für den ‚Alle Mann-Pfiff' gegeben? Der Wachoffizier!"

(Fortsetzung folgt.)

China rüstet zum Widerstand.

Unter dem Vorsitz des Marschalls Tschang Hsue Liang tagt eine Militärkonferenz, die sich mit der Lage in der Mandschurei befaßt. Die Konferenz beschloß,

eine Freiwilligenarmee von 200 000 Mann aufzustellen, um mit ihr die japanische Herrschaft über die Mandschurei zu brechen.

Die chinesische Regierung hat der Konferenz mitgeteilt, sie werde alle ihr möglichen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen Japan gegenüber ergreifen, um die Japaner dadurch zum Verlassen der Mandschurei zu nötigen. Der chinesische Finanzminister hat mitgeteilt, daß die Regierung die an Japan zu zahlenden „Boxergelder" sperren werde als Gegenmaßnahme gegen die Zurückhaltung der mandschurischen Zollgelder. Diese Boxergelder stammen noch aus den Zeiten des Boxeraufstandes, den die imperialistischen Mächte in einem Rachefeldzug „siegreich" niedergeschlagen hatten.

General Ma gefallen.

Nach japanischen Meldungen ist am Freitag der vorigen Woche der chinesische General Ma nach einem mehrtägigen hartnäckigen Kampf mit den japanischen Truppen gefallen.

General Ma hat in den Kämpfen um die Mandschurei eine merkwürdige und undurchsichtige Rolle gespielt. Nachdem er anfänglich das Vordringen der Japaner in der Mandschurei energisch und — so weit das im Rahmen der chinesischen Kräfte überhaupt möglich war — wirksam bekämpft hatte, schwenkte er bei der Gründung des mandschurischen Staates plötzlich um, schloß sich mit seinen Truppen der mandschurischen Armee an und übernahm selber einen Ministerposten in der neuen Regierung. Das dauerte nur wenige Wochen; dann schied er wieder aus der Regierung aus, zog sich mit seinen Soldaten in den Nordosten der Mandschurei zurück und leitete von dort den Aufstand der gegen die neue Regierung rebellierenden Mandschuren. Im Lauf dieser Kämpfe suchte er die abgebrochenen Beziehungen zur chinesischen Regierung wieder anzuknüpfen. Was ihn zu diesem zweifachen Stellungswechsel verleitet hat, läßt sich von Europa aus schwer beurteilen. Sicher ist aber wohl, daß die Japaner in Ma einen ihrer entschlossensten Gegner verloren haben.

Erledigt ist der Widerstand der Chinesen in der Mandschurei damit noch nicht. In der Südmandschurei gelang es einem Trupp aufständischer Chinesen, mehrere Eisenbahnbrücken in die Luft zu sprengen und damit einen Zug zur Entgleisung zu bringen.

Aus dem unruhigen Südamerika.

Der Aufstand in Brasilien dauert an. Nach einer Reihe von Meldungen über Regierungssiege, die aber offenbar zur Unterdrückung des Aufstandes nicht hinreichten, ist in diesen Tagen von einem erfolgreichen Vorstoß der Aufständischen die Rede.

Die offenen Feindseligkeiten zwischen Bolivien und Paraguay gehen weiter — trotz den zahlreichen südamerikanischen und europäischen Vermittler, denen sich jetzt auch der Völkerbund, wenn auch inoffiziell, angeschlossen hat, offenbar aus Angst um seinen schon so stark gefährdeten Ruf. — Man rechnet damit, daß Bolivien noch in dieser Woche den Krieg erklärt.

Die chilenische Regierung hat einen Feldzug gegen den Kommunismus unternommen. Mehrere Personen, die angeblich kommunistische Führer sind, wurden verhaftet. Sie sollen vor ein neugebildetes Kriegsgericht gestellt werden.

Die Regierung von Peru hat ihren Kampf gegen die Unruhen im Innern des Landes, der vor wenigen Wochen zur Unterdrückung eines, wie es hieß, kommunistischen Aufstands geführt hatte, durch ein blutiges Nachspiel beendet. Am Montag wurden 44 der damals verhafteten Führer des Aufstandes hingerichtet.

Aufruf für den Sozialismus – gegen den Krieg.

(IGB.) Der achtzehnte Jahrestag der ersten Kriegserklärung im Weltkrieg fällt zusammen mit dem Abschluß des ersten Abschnittes der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, die keines jener Versprechen erfüllt hat, für die mehr als 10 Millionen Menschen im Weltkrieg, dem „Kriege zur Beendigung aller Kriege", gefallen sind. In diesem Augenblick haben der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nachstehenden Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt gerichtet:

28. Juli 1932 — achtzehn Jahre sind vergangen, seitdem verbrecherischer Wahnwitz im Dienste des Imperialismus den Weltkrieg entfesselte.

Achtzehn Jahre: An ihrem Beginn steht der imperialistische Krieg — an ihrem Ende die kapitalistische Weltkrise. Massenmord und Massenelend sind die Wahrzeichen des Kapitalismus in unserer Zeit.

So wie der Kapitalismus, seinen Gesetzen folgend, den Weltkrieg entfesselte und die Menschheit in eine vier Jahre währende Nacht des Schreckens führte, so hat er nun die Menschheit in die Weltkrise gestürzt, die die ganze kapitalistische Welt, Sieger und Besiegte, Industrie- und Agrarländer, erfaßt hat.

. . .Vor aller Welt klagt die Arbeiterklasse den Kapitalismus der Verantwortung für den Weltkrieg und die Weltkrise an. Wer Frieden, Arbeit und Brot für alle sichern will, muß überall mit der Arbeiterschaft kämpfen für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Arbeiter aller Länder!

Wenn es auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keinen Weg gibt, Wirtschaftskrisen zu vermeiden, so haben die internationalen Organisationen des Proletariats immer wieder auf Möglichkeiten hingewiesen, wenigstens das furchtbarste Elend der Massen zu lindern. Sie haben immer wieder die internationale Zusammenarbeit aller Länder, die Verständigung aller Regierungen gefordert, um durch gemeinsames Vorgehen die Voraussetzungen wirtschaftlicher und politischer Art zu schaffen, unter denen allein die Krise rasch überwunden werden kann.

Der Kapitalismus ist bisher den entgegengesetzten Weg gegangen. Statt wirtschaftlicher Zusammenarbeit — wirtschaftlichen Nationalismus in den tollsten Formen! Statt politischer Verständigung — Krieg im Fernen Osten und Aufrüstung in allen Ländern!

Vor aller Welt klagt die Arbeiterklasse den bösen Willen des Kapitalismus an, das von ihm selbst geschaffene Elend zu lindern, seine Unfähigkeit, durch internationale Verständigung die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens aller Länder gegen die Krise zu schaffen!

Arbeiter aller Länder!

Ist es dank dem Wahlsieg der französischen Sozialisten gelungen, eine Verständigung der Reparationsgläubiger mit Deutschland in der Reparationsfrage herbeizuführen und damit die Möglichkeit gegeben, daß eines der Hindernisse für den Aufstieg aus der Krise weggeräumt werde, so türmen sich doch die politischen Gegensätze zwischen den Staaten immer höher auf.

Der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ist zu Ende, ohne daß ein einziger praktischer Beschluß gefaßt worden wäre. Nach halbjährigen Beratungen vertagt sich die Konferenz auf einige Monate, ohne daß sie wirksame Abrüstungsmaßnahmen festgelegt, ja ohne daß sie ihre wirkliche Aufgabe richtig begonnen hätte. Die internationalen Organisationen des Proletariats haben immer wieder in eindrucksvollen Aktionen und in der Abrüstungskonferenz selbst die Forderung vertreten, daß die feierlichen Abrüstungsverpflichtungen der Friedensverträge endlich erfüllt, die Rechtsgleichheit zwischen Siegern und Besiegten durch die allgemeine Abrüstund hergestellt werden müsse. Sie haben diese Forderung Ende Mai neuerlich in ihrer gemeinsamen Abrüstungskonferenz in Zürich formuliert und sie kürzlich aus Anlaß der amerikanischen Abrüstungsvorschläge wiederum erhoben. Aber die in Genf versammelten kapitalistischen Regierubngen haben bisher nichts getan.

Noch mehr! Während in Genf über die Abrüstung beraten wird, geht in China der Raubzug des japanischen Imperialismus ungestört weiter, und wenn die furchtbare Gefahr eines Angriffs Japans auf die Sowjetunion im Augenblick auch nicht mehr so unmittelbar bevorstehend erscheint wie vor einigen Wochen, so ist sie keineswegs endgültig gebannt!

Während in Genf vom Frieden gesprochen wird, haben in Deutschland, von der faschistischen Welle emporgetragen, die Junker und die Reichswehrgenerälo die Macht übernommen!

Während in Genf die italienischen Delegierten die weitestgehenden Abrüstungsforderungen zu unterstützen vorgeben, trifft in Italien selbst der Faschismus, der das italienische Proletariat versklavt hält, alle geistigen und materiellen Vorbereitungen zum Krieg!

Vor aller Welt prangert die Arbeiterklasse die Verantwortung des Kapitalismus und seiner faschistischen Helfershelfer für das Scheitern der Friedenshoffnungen, für die Vorbereitungen zu neuem Völkermorden an!

Vor aller Welt übernehmen am 18. Jahrestag des Kriegsausbruches die internationalen Organisationen des Proletariats die heilige Verpflichtung, alle ihre Kräfte, alle ihre Kampfmittel in den Dienst der Abwehr eines neuen Krieges zu stellen!

Arbeiter aller Länder!

Die kapitalistische Welt ist in ihrer schwersten Krise. Aber je mehr sie den gerechten Zorn der Arbeiter fürchtet, um so dringender ruft sie nach brutalster Gewalt, um Euch niederzuhalten. In ihrem Dienste stehen die faschistischen Banden, bestimmt, die Arbeiter wehrlos der kapitalistischen Krise zu überantworten.

Wir senden den Arbeitern Deutschlands unseren Brudergruß, in dem Bewußtsein, daß ihr schwerer Kampf um die Freiheit der deutschen Arbeiter zugleich der Kampf um die Freiheit und den Frieden der Welt ist!

Aber zugleich rufen die internationalen Organisationen des Proletariats die Arbeiter aller Länder auf, sich der geschichtlichen Bedeutung der Zeit bewußt zu sein und sich bereit zu machen zu den entscheidenden Kämpfen, vor die sie die Entwicklung stellt:

Kampf gegen den Kapitalismus, der die Verantwortung trägt für Krieg und Krise! Kampf gegen den Faschismus, der Krieg und Sklaverei bedeutet! Kampf für Freiheit, Frieden und Brot! Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung!

Der russisch-polnische Pakt.

Die polnische Regierung hat anscheinend von neuem Bedenken bekommen, den Nicht-Angriffspakt mit den Russen ohne eine Verständigung mit Rumänien abzuschließen. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Polen erklärt, sie würden die Ratifikation erst vornehmen, wenn Rußland und Rumänien sich in der Bessarabien-Frage geeinigt hätten.

Schwarzes Revier.

Schwarzes Revier —
Menschen wie wir leben hier.
Aber in Schächten ewiger Nacht
Dunkelt ihr Leben, welkt ihre Kraft.

Wer hört das Stöhnen
Der ewig Gebückten?
Wer kennt das Sehnen
Der nie Beglückten?

Lastet ein Fluch auf diesem Revier,
Daß blutvolle Menschen,
Menschen wie wir
Zu endloser Fron verurteilt scheinen?

Wer nahm ihnen den Willen,
Wer raubte die Kraft,
Die Empörung zeugt,
Die Taten schafft?

Wir kennen den Fluch,
Und wir wollen ihn bannen!
Brüder, Genossen, steht doch zusammen.

Dann bannt Ihr den Fluch,
Dann sprengt Ihr die Ketten,
Der Weg wird dann frei —
Ihr selbst müßt Euch retten!

Kolb.

Der „Marsch auf Washington".

Zu der Demonstration der amerikanischen Kriegsteilnehmer, die in der vorigen Woche gewaltsam von der amerikanischen Regierung gesprengt worden ist, schreibt uns ein Genosse aus Amerika:

Der Marsch von 20 000 amerikanischen Kriegs-Veteranen nach Washington, die auf die gesetzgebenden Körperschaften in der Hauptstadt einen Druck für sofortige Auszahlung des „Bonus" ausüben wollten, wirft neues Licht auf die Regelung der Veteranen-Fürsorge im allgemeinen. Bei dem „Bonus" handelt es sich um eine Vergütung für geleistete Kriegsdienste. Das „Bonus"-Gesetz wurde 1924 angenommen und sieht vor, daß jeder eingezogene Soldat folgende Vergütung erhält: 1 Dollar für jeden Tag, an dem der Betreffende Dienst in der Heimat geleistet hat, und 1,25 Dollar pro Tag für Dienst an der Front. Als Maximalbetrag für beide Dienstleistungen zusammen wurden 1125 Dollar vorgesehen. Zahlbar waren diese Unterstützungen in Form einer Lebensversicherungs-Police in 20 Jahren. Dem Staate kostet diese Fürsorge über 2 Billionen Dollar; insgesamt 4 Millionen frühere Soldaten erhielten nach dem Gesetz Anspruch auf Unterstützung.

Wie auf alle Lebensversicherungs-Policen konnte jeder Veteran auch auf diese Unterstützung kleine Beträge leihen; durch Gesetz wurde 1931 die Höchstgrenze dafür auf 50 Prozent des Nennwertes des „Bonus" festgesetzt. Der „Marsch auf Washington" sollte bezwecken, daß der „Bonus" in voller Höhe schon jetzt ausgezahlt wird. Eine Gesetzes-Vorlage in diesem Sinne wurde vom Unterhause (House of Representatives) mit 226 gegen 175 angenommen, jedoch im Senat mit 68 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Hoover und sein Kabinett sind gegen sofortige Auszahlung. Wenn so viele republikanische Abgeordnete für das Gesetz stimmten, so taten sie es nur, weil im November Neuwahlen stattfinden und die Veteranen großen Einfluß auf die Wähler ausüben können.

In keinem Lande werden die kriegsbeschädigten Veteranen so gut bedacht wie in den Vereinigten Staaten. Die Pensionen machen allein 26,1 Prozent des amerikanischen Haushaltes aus, der 4113 Millionen Dollar beträgt. Die Fürsorge für Teilnehmer am Weltkriege allein beträgt 18 Prozent. Die sechs Kriege, die Amerika seit 1812 geführt hat, belasten die amerikanischen Steuerzahler mit mehr als einer Billion Dollar im Jahr. Noch heute erhalten Angehörige von Soldaten, die 1812 im Krieg gegen England gefallen sind, eine Rente!

Der Staat hat Verpflichtungen aus dem Krieg von 1812 (zweiter Feldzug gegen England)	gegenüber 8 Personen
Krieg mit Mexico 1846	517 Personen
Kriege mit den Indianern	9 753 Personen
Bürgerkrieg (Sklavenbefreiung 1861—1865)	193 721 Personen
Krieg mit Spanien über Cuba 1898	239 860 Personen
Weltkrieg	883 352 Personen

Die Kriegsteilnehmer gaben sich mit der Absage des Senats nicht zufrieden. Sie weigerten sich, Washington zu verlassen. Die Veteranen machten Tag und Nacht Demonstrationen um das Kapitol herum und verstanden es ausgezeichnet, dauernd die Aufmerksamkeit der Presse auf sich zu ziehen. 100 Dollar wurden zur Verfügung gestellt für die Veteranen, die nach Hause fahren wollen. Die Regierung wollte das Reisegeld und 0,75 Dollar pro Tag auslegen und diese Beträge später bei der endgültigen Auszahlung des „Bonus" abziehen. Dieser Vorschlag hat nicht viel Beifall bei den Kriegsteilnehmern gefunden. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil hat Washington verlassen. Mehr als 10 000 Mann entschlossen sich, nicht eher zu weichen, bis ihre Forderungen angenommen würden. Für die republikanische Regierung und für die Verwaltungsbehörden von Washington war dieses Heer ein unangenehmes Problem. Die Versorgung wurde immer schwieriger, die sanitären Einrichtungen im Feldlager außerhalb der Hauptstadt waren mangelhaft, so daß die Gefahr von Epidemien bestand. Außerdem bot das Lager politischen Agitatoren eine günstige Arbeitsgelegenheit. Die Regierung fürchtete — wie stets — die Tätigkeit der Kommunisten. All das hat sie veranlaßt, gewaltsam gegen die hartnäckigen Demonstranten vorzugehen.

Die ehemaligen Soldaten in Washington sind arbeitslos, ihre Lage ist nicht schlechter und nicht besser als die der 12 Millionen Arbeitslosen Amerikas sonst, sofern jedenfalls der unmittelbar zur Verfügung stehende Teil des „Bonus" verbraucht ist. Warum sollten sie auch anders behandelt werden?

Die Sozialisten fordern daher die Veteranen auf, mit ihnen gegen die beiden kapitalistischen Parteien zu kämpfen für die allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage *aller* amerikanischen Arbeiter. Eine Rede von Norman Thomas, dem Präsidentschafts-Kandidaten der Sozialistischen Partei Amerikas, wurde von den Veteranen mit Beifall aufgenommen. Den Schritt, ihre Aktion zu einer sozialistischen Kampfmaßnahme zu erweitern, haben sie aber bisher noch nicht getan.

Aus dem Jahresbericht der freien Gewerkschaften in Oesterreich.

Ende Dezember 1931 waren in den freien Gewerkschaften Oesterreichs insgesamt 582 687 Arbeiter und Angestellte organisiert. Davon waren 454 205 oder 77,95 Prozent Männer und 128 482 oder 22,05 Prozent Frauen. Gegenüber dem Jahre 1930 hat die Gesamtzahl um 11,06 Prozent abgenommen, die der Männer um 11,47, die der Frauen nur um 9,59 Prozent.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl ergibt nur ein durchschnittliches Bild, in den einzelnen Ländern und Gruppen ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl sehr verschieden. Er beträgt in Wien 26,75 Prozent, in Niederösterreich 18,18 Prozent, ist in den übrigen Bundesländern niedriger und fällt in Vorarlberg auf 11,06 Prozent. In der Gruppe der Arbeiterorganisationen wurden 23,89 Prozent Frauen gezählt, in der Gruppe der Privatangestellten 30,27 Prozent und in der Gruppe der öffentlichen Angestellten 11,93 Prozent.

Der Mitgliederstand in den einzelnen Ländern.

Land	Mitglieder zusammen	davon Frauen absolut	davon Frauen in Prozenten
Wien	331 981	88 788	26,75
Niederösterreich	99 934	19 165	19,18
Kärnten	14 253	1 753	12,30
Oberösterreich	49 151	6 972	14,19
Salzburg	13 081	1 661	12,70
Steiermark	48 104	7 011	14,18
Tirol	12 527	1 599	12,68
Vorarlberg	2 839	314	11,06
Burgenland	10 817	1 230	11,37
Summe	582 687	128 482	22,05

Der Mitgliederstand nach Gruppen: Arbeiter u. Angestellte.

	zusammen	in Prozenten
Arbeiter	371 437	68,75
Privatangestellte	79 258	13,60
Oeffentliche Angestellte	131 992	22,65
Summe	582 687	100

Welch große Leistungen die freien Gewerkschaften im Berichtsjahr zu vollbringen hatten, zeigt die Aufstellung der Einnahmen und der Ausgaben (in Schilling, 1 Schilling gleich 59 Pf.):

1928	25 202 173,51	19 491 991,42
1929	25 352 739,02	22 627 259,23
1930	23 453 829,58	22 471 958,41
1931	21 095 236,41	23 809 712,05

Zu dem Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung":

„Es ist bemerkenswert, daß sich der Rückgang der Mitgliederzahl mit dem Ansteigen der Arbeitslosenzahl fast deckt.

Um rund 70 000 ist die Durchschnittszahl der Arbeitslosen gestiegen, und um 72 500 ist die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten gesunken. Schon seit Jahren kann immer wieder festgestellt werden, daß zwischen Steigerung der Arbeitslosenzahl und Abnahme des Mitgliederstandes der freien Gewerkschaften eine unmittelbare Beziehung besteht, aus der hervorgeht, daß der Rückgang der Mitgliederstände in den freien Gewerkschaften in der Tat keine andere Ursache hat als die traurige wirtschaftliche Entwicklung und das Wachsen der Arbeitslosenzahl."

Das schon immer eine Beziehung festgestellt ist zwischen steigender Arbeitslosigkeit und Mitgliederverlust der Gewerkschaften ist nicht zu leugnen. Aber das der Rückgang der Mitgliederzahl „keine andere Ursache hat" als die wirtschaftliche Entwicklung, ist durch nichts bewiesen. Das die Zahl der organisierten Arbeiter und Angestellten im selben *Umfang* gesunken ist wie die Zahl der allgemeinen Arbeitslosigkeit, ist *kein* Beweis dafür, daß es auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung so sein *muß*.

Denn je besser die Arbeit einer Gewerkschaft ist, je vertrauenswürdiger sie ist, um so treuer werden die Mitglieder auch in der Krise zu ihr stehen.

Wahl vorbei – Tarifkündigungen beginnen!

Tarifkündigungen für 265 000 Arbeiter und Angestellte.

g **Berlin**, 1. August.

Der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz hat für alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Textilarbeiterverband die Tarifverträge zum 30. August gekündigt. Von dieser Maßnahme werden etwa 200 000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter betroffen.

g **Berlin**, 1. August.

Der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie Ostsachsens hat zunächst zum 31. August den Tarifvertrag für Meister und technische Angestellte in der ostsächsischen Textilindustrie gekündigt. Ferner hat er gleichzeitig den Rahmentarifvertrag für die gewerblichen Arbeiter in der ostsächsischen Textilindustrie zum 31. Oktober, und schließlich auch noch den Lohntarif für sämtliche gewerbliche Arbeiter in den ostsächsischen Textilindustrien zum 13. August gekündigt. Von den Kündigungen in der ostsächsischen Textilindustrie werden etwa 25 000 Arbeiter betroffen.

g **Berlin**, 2. August.

Wie der Zentralverband der Angestellten mitteilt, hat der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin den geltenden Manteltarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten zum 30. September gekündigt.

Der gekündigte Manteltarifvertrag regelt für etwa 40 000 Angestellte unter anderem: die Arbeitszeit, die Abgeltung der Ueberstunden, den Urlaub und die Gehaltsgruppierung.

Wenn auch die spezialisierten Forderungen der Unternehmer nicht bekannt sind; das Programm ihrer „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels" ist bekannt: „Die Erhaltung des Tarifgedankens und seiner Rechtsgrundlagen ist . . . nur möglich durch entschlossene Abkehr vom Lohnschematismus . . . Eine Individualisierung des Lohnniveaus und der Arbeitszeiten dürfte der einzige Weg sein, die Rechtsbasis des Tarifgedankens zu erhalten."

k **Hamburg**, 1. August.

Für die Granitschleifereien des Freistaates Sachsen wurde ein Schiedsspruch gefällt. Er sieht eine weitere Senkung der Akkordlöhne um 8 bis 12 Prozent und der Stundenlöhne der Hilfsarbeiter um 8 bis 17 Prozent vor.

Der Verband Deutscher Reeder hat den Manteltarif für die Seeschiffahrt zum 30. September und die Heuertarife zum 31. August gekündigt. Die bisherigen Heuersätze sollen auf jeden Fall noch bis 30. September Gültigkeit haben und bis dahin für allgemein gültig erklärt werden.

Achtung, Staker! Die Firma Gojowczyk-Nowawes, Baustelle Siedlung Klein-Machnow (Sommerfeld), ist wegen Lohndifferenzen für Staker gesperrt, da die Tariflöhne nicht gezahlt werden.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe der Staker.

Schlichter Wissell gekündigt.

Der Schlichter für den Bezirk Berlin-Brandenburg, Rudolf Wissell, ist vom Reichsarbeitsminister zum 1. September gekündigt worden. Von besonderer Bedeutung ist diese Kündigung für die Arbeiterschaft nicht, da das Reichsarbeitsministerium erstens die Richtlinien gibt, innerhalb deren sich die Schiedssprüche halten und zweitens Schiedssprüche nur dann für verbindlich erklärt, wenn sie ganz dem Lohnabbau- und sonstigen reaktionären Willen des Reichsarbeitsministeriums entsprechen.

Bei Tarif-Konkurrenz hat Tarifbeteiligung auf Grund von Verbandszugehörigkeit den Vorrang.

Das Reichs-Arbeitsgericht hat kürzlich eine Entscheidung gefällt, nach welcher eine „Tarifbeteiligung infolge Verbandszugehörigkeit" einer „Tarifbeteiligung infolge einzelvertraglicher Berufung" auf einen Tarifvertrag vorgeht. Die einzelvertragliche Berufung auf einen Tarifvertrag bestand in dem Klagefall darin, daß ein Gutsbesitzer einen Landarbeiter einstellte unter Berufung auf den Landbundtarif. Neben diesem Tarif bestand aber auch ein Tarif mit dem „Deutschen Landarbeiter-Verband", in den der Landarbeiter später eintrat.

In der Frage, welcher Tarif für den Landarbeiter nun gilt, entschied das Reichs-Arbeitsgericht für den Tarif mit dem „Deutschen Landarbeiter-Verband", dem der Kläger als Mitglied angehörte.

Das Reichs-Arbeitsgericht hat zur Begründung seiner, den Vorrang des Landarbeitertarifs bejahenden Entscheidung u. a. folgendes ausgeführt: Das Tarifvertragsrecht beruht auf der den Verbänden durch das Gesetz verliehenen Tarifvertragsfähigkeit, die sie in der Lage sind, für die ihnen angeschlossenen Mitglieder die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit normativer Wirkung für die Einzelarbeitsverträge zu regeln. Die Tarifgeltung kraft Verbandszugehörigkeit bildet daher die Grundlage des in der Tarifvertragsordnung geregelten Kollektivrechtes, der gegenüber die stets auf einer Einzelvereinbarung der Arbeitsvertragsparteien beruhende Tarifbeteiligung durch Berufung auf einen Tarifvertrag die geringere Bedeutung zukommt. (RAG 631/31. — 16. 4. 1932.)

Piccard wird, wenn die Wetterverhältnisse günstig sind, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in der Nähe von Zürich zum zweiten Stratosphärenflug starten.

Neue sozialdemokratische Partei.

S. H. Die unabhängige Arbeiterpartei Englands (ILP), die bisher der großen Dachorganisation der Arbeiterpartei (LP) angehörte, hat am Sonnabend ihre sofortige parlamentarische Loslösung von der Arbeiterpartei mit 241 gegen 142 Stimmen beschlossen.

Eine Reihe ihrer führenden Mitglieder werden von der Fraktion der ILP zurücktreten und fortan mit der LP-Fraktion arbeiten.

Damit ist der Loslösungsprozeß des oppositionellen Flügels innerhalb der sozialdemokratischen Parteien auch in England vollzogen, wie er bereits in Holland, in Deutschland, in Norwegen und einer Reihe anderer Länder besteht. Wie die deutsche SAP zeigt, kommt diesen Neugründungen keinerlei politische Notwendigkeit zu, da sie entweder nur eine Reorganisation alter sozialdemokratischer Prinzipien anstreben, wie dies die ILP ausgesprochener Maßen tut, oder ein Sammelsurium von sozialdemokratischen und kommunistischen Tendenzen aufweisen. Die Wahl vom 31. Juli in Deutschland hat die angeborene Schwindsucht einer solchen Neugründung deutlich gezeigt. Zur Zeit gebärden sich die Mitglieder der neuen Fraktionsgruppe, als wenn die Entwicklung zum Sozialismus in ihren Händen nun ein stürmisches Tempo annehmen werde. Die Anwesenden waren bei dem Abstimmungsergebnis teilweise in roten Hemden erschienen. Die Hemdensymbolik scheint also auch England erobert zu haben. Maxton sagte in seiner programmatischen Rede, daß die LP nicht mehr das Recht für sich beanspruchen könne, eine sozialdemokratische Partei zu sein — was also heißt, daß Maxton diesen ruhmvollen Titel für seine Partei beansprucht.

Die LP reagiert auf diese Absplitterung mit dem verbreiteten Argument, daß die freie Kritik in ihren Reihen geachtet sei und daß die ILP infolgedessen eine einzigartige Gelegenheit habe für eine wirkungsvolle Vertretung ihrer Interessen innerhalb der Partei selber. Clynis, einer der Mitbegründer der ILP, der aber den neuen Schritt ablehnt, hat seinen alten Freunden geschrieben:

„Der Sozialismus wird nicht nur dadurch gefördert, daß wir unseren eigenen Radikalen recht geben. Es ist weit wichtiger, einige Millionen gemäßigter Männer und Frauen, die bis jetzt noch nicht zu uns gestoßen sind, zu bekehren."

Dieser Glaube an die Millionen und an die Mäßigkeit, der das Anwachsen der Zahl der Bekehrten geduldig abwartet, ist sicherlich ein Anlaß, aus einer Arbeiterpartei auszutreten. Aber dieser Austritt ist nur dann berechtigt, wenn man den demokratischen Aberglauben ausschaltet, und davon ist bei der ILP gar keine Rede. Es wimmelt in ihr von Reformisten, von Quäkern — an sich gewiß nicht unsympathischen Menschen, die aber noch weit weniger als die Mitglieder der deutschen SAP geeignet sind, das Erbe aus der sozialdemokratischen Vergangenheit zu überwinden. Diese Bruderparteien werden der SAP gewiß nicht helfen, eine revolutionäre Entwicklung zu nehmen, die nachträglich ihre Gründung rechtfertigen könnte.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Ignaz Seipel gestorben.

Der frühere österreichische Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel, einer der fanatischsten Katholiken und Arbeiterfeinde, ist am Dienstag vormittag um 7.30 Uhr im Sanatorium „Waldfrieden" im Wiener Wald seiner schweren Krankheit erlegen.

Das Grubenunglück auf der Zeche Concordia in Oberhausen ist glücklicherweise nicht so schwer geworden, wie es nach den ersten Meldungen angenommen werden konnte. Die beiden Bergleute, die von dem herunterstürzenden Gestein überrascht und getötet wurden, sind die einzigen Opfer dieses Unglücksfalles. Ihre Leichen sind bereits geborgen worden.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Autobus ereignete sich in Berlin-Reinickendorf. Zwölf Personen wurden verletzt, zum Teil schwer.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr. 104, H.r. I.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

Auch im Sommer
sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohlschmeckend und nahrhaft.
Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3.— M. frei Haus.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 29. Juli: G. W. Pabst
Westfront 1918
(Vier von der Infanterie).
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?
Das Zurückweichen der organisierten Arbeiterschaft vor Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.
„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!" Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:
LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus".
MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltansicht. 26 Seiten. 0,60 Mark.
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 31342

Herr Dr. Bracht mahnt zur Ruhe.

Der Herr Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, hat die Presse gebeten, den folgenden Aufruf an deutlicher Stelle zu veröffentlichen:

Die Wahl ist vorbei. Das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Gewalt und Terror müssen endlich der Achtung vor dem Gesetz weichen. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angetastet werden. Ich warne zum letzten Mal! Die Staatsregierung wird selbst drakonische Maßnahmen nicht scheuen, um ihre Pflicht gegenüber dem friedlichen Staatsbürger restlos zu erfüllen und den Burgfrieden zu wahren, den unser Land braucht! Ich warne auch alle Organisationen, wie jeden einzelnen, weiter zu blutigem Terror zu hetzen. Die Presse hat sich jeder Aufpeitschung der Leidenschaften auch durch unrichtige Berichterstattung zu enthalten, andernfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen.

Dieser Aufruf ist in jeder Hinsicht bezeichnend für die politische Lage. Herr Dr. Bracht ist auf eine Weise in sein Amt gekommen, die jedenfalls nicht dazu gedient hat, den inneren Frieden zu fördern, und zwar in doppelter Hinsicht nicht: erstens war seine Berufung in verfassungsrechtlicher Hinsicht so umstritten, daß der Staatsgerichtshof deswegen angerufen wurde, dessen Urteil heute noch aussteht, und zweitens hat die Anzahl der politischen Morde keineswegs abgenommen, seitdem Herr Dr. Bracht in Preußen etwas zu sagen hat.

Daß er die Presse ermahnt, sich einer unrichtigen Berichterstattung zu enthalten, ist für ordentliche Presseleute überflüssig. Seine Mahnung sollte er vor allem an die politischen Stützen seines Chefs richten: an die Presse der NSDAP und überhaupt an deren Führer. Die bei diesen übliche demagogische Berichterstattung, verbunden mit dem Sauherdenton dieser Revolverpresse, hat bekanntlich neulich sogar den Nationalsozialisten so freundlich gesinnte Leute wie die Deutschnationalen auf den Plan gerufen. Und wenn Herr Dr. Bracht Zeitungen sucht, die zum Terror hetzen, so können wir ihm nur verraten, daß es keine Presse und keine politischen Führer auf der ganzen Erde gibt, die auch nur mit einer annähernd so mordlustigen Perversität die Feder und die Zunge führen, wie die Nationalsozialisten. Jedenfalls zeigt Rosenbergs Aufsatz im „Völkischen Beobachter" ganz deutlich, daß die Nazi-Presse gar nicht daran denkt, ihre Mordhetze einzustellen. Solange Herr Dr. Bracht nicht diese Leute ganz unbarmherzig entweder zum Schweigen oder wenigstens auf ein Mindestmaß von Anständigkeit bringt, solange wird die Ruhe in Preußen und in Deutschland wahrscheinlich nicht einkehren, selbst wenn sie von ihm in so höflicher Weise dekretiert wird: „Die Presse hat sich . . . ."

Ein demokratischer Regierungspräsident, der nicht abgebaut wurde.

E. L. Im Kasseler Polizeipräsidium führte der als Demokrat bekannte Regierungspräsident Friedensburg den Nachfolger des von der Papen-Regierung abgesetzten Polizeipräsidenten Hohenstein ein. In einer der neuen Situation durchaus Rechnung tragenden Rede sagte der „Demokrat" Friedensburg u. a. folgendes:

Wir wollen „daran festhalten, daß der Begriff des Staates schon an sich etwas Unveränderliches besitzt; wenn die Bibel sagt, daß keine Obrigkeit ohne von Gott sei, so bedeutet das, daß die Obrigkeit schlechthin, ohne jede Rücksicht auf jeweilige Formen und jeweilige Führung etwas Heiliges und Ewiges darstellt, eine Aufforderung, die gerade dem preußisch-deutschen Staatsideal, das uns alle erfüllt, entspricht."

Die „Heiligkeit und Ewigkeit der von Gott eingesetzten Obrigkeit" hat es nicht verhindern können, daß ein Leutnant und drei Mann — entsprechend dem „preußisch-deutschen Staatsideal" — die alte Preußen-Obrigkeit zum Teufel jagte. Oder sollte etwa der Wille Gottes nur für die Einsetzung, nicht aber für die Abberufung der Obrigkeit Geltung haben?

Jedenfalls wollen wir daran festhalten, daß der Begriff „Demokrat" etwas *Unveränderliches* besitzt, nämlich die *Veränderlichkeit* der Gesinnung, die sich stets nach der Ansicht der Mehrheit richtet.

Konferenz der Seemächte.

m London, 1. August.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" erfährt, daß die Verhandlungen der fünf Seemächte über die Flottenabrüstung wahrscheinlich Anfang nächsten Monats in London beginnen werden. Zwischen einigen der beteiligten Regierungen finden bereits Vorverhandlungen statt. Frankreich wolle, daß die Konferenz nur mit technischen Sachverständigen beschickt werde. Amerika und auch England neigten dazu, über diesen Rahmen hinauszugehen. Washington habe die Absicht, Gibson als Hauptvertreter zu entsenden.

Vergleichende Wahlergebnisse aus einigen größeren Städten.

Stadt	KPD	Deutschnationale	NSDAP	SPD	Staatspartei	Zentrum	D. Volkspartei	Christl.-Soz.	SAP
Berlin									
Reichstagswahl 1932	**721 272**	**218 430**	**754 738**	**721 145**	**40 757**	**130 518**	**19 669**	**11 511**	**3760**
Landtagswahl 1932	648 077	225 513	764 840	797 000	83 843	109 118	26 294	15 411	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	685 411	232 224	666 053	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	739 235	351 277	395 988	738 094	145 260	97 997	99 112	—	—
Bochum									
Reichstagswahl 1932	**37 867**	**7 110**	**53 484**	**35 015**	**468**	**39 689**	**2 228**	**3 571**	**453**
Landtagswahl 1932	27 891	7 560	55 718	32 035	868	38 202	3 376	4 137	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	33 462	8 516	50 146	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	34 359	7 420	31 238	35 587	1 960	35 077	11 487	—	—
Breslau									
Reichstagswahl 1932	**38 853**	**16 422**	**162 069**	**96 754**	**3 332**	**42 061**	**1 944**	**3 050**	**6607**
Landtagswahl 1932	30 950	18 413	160 165	90 673	—	43 675	3 340	—	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	45 768	22 417	129 988	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	33 327	29 750	87 278	117 761	12 589	45 706	13 105	—	—
Dortmund									
Reichstagswahl 1932	**88 988**	**15 561**	**62 594**	**75 601**	**1 866**	**59 267**	**4 289**	**6 046**	**960**
Landtagswahl 1932	61 226	15 292	60 867	70 592	3 220	58 604	7 658	7 523	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	77 962	11 482	55 524	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	60 555	11 644	24 934	84 865	7 478	51 906	25 834	—	—
Düsseldorf									
Reichstagswahl 1932	**74 154**	**15 725**	**84 702**	**37 095**	**702**	**65 779**	**4 687**	**1 944**	**601**
Landtagswahl 1932	59 273	10 389	82 415	34 712	1 940	66 454	9 110	2 963	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	68 970	7 755	64 544	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	72 027	13 560	39 170	42 168	6 431	60 838	21 096	—	—
Duisburg-Hamborn									
Reichstagswahl 1932	**62 465**	**13 529**	**63 775**	**31 591**	**561**	**52 030**	**2 865**	**2 508**	**668**
Landtagswahl 1932	45 991	14 887	64 223	27 292	992	51 258	4 677	3 068	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	60 252	11 360	57 069	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	57 687	12 622	41 157	34 459	3 154	46 223	10 447	—	—
Essen									
Reichstagswahl 1932	**94 214**	**14 843**	**89 809**	**47 491**	**657**	**115 221**	**2 700**	**5 783**	**516**
Landtagswahl 1932	72 742	13 078	92 696	43 443	1 897	109 667	5 505	7 060	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	87 080	12 763	75 612	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	88 742	13 863	52 434	50 362	4 910	98 032	13 697	—	—
Frankfurt a. M.									
Reichstagswahl 1932	**45 095**	**8 684**	**127 261**	**85 913**	**2 303**	**46 194**	**7 398**	**3 917**	**1069**
Landtagswahl 1932	45 429	7 387	117 352	80 257	10 014	40 740	13 651	7 124	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	58 129	5 643	96 963	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	49 441	7 135	68 498	89 714	19 121	35 659	28 896	—	—
Gelsenkirchen									
Reichstagswahl 1932	**52 618**	**7 578**	**40 699**	**23 115**	**30**	**44 079**	**3 404**	**2 312**	**285**
Landtagswahl 1932	38 080	7 078	39 960	18 592	741	45 392	5 224	—	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	49 002	8 487	38 363	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	45 527	10 624	17 871	23 897	1 789	40 570	14 935	—	—
Hannover									
Reichstagswahl 1932	**27 150**	**12 980**	**115 987**	**106 101**	**2 571**	**13 155**	**4 341**	**1 802**	**340**
Landtagswahl 1932	21 402	10 189	117 755	106 581	4 699	12 204	8 142	2 702	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	23 379	9 576	101 301	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	18 106	11 858	59 383	129 466	7 011	11 664	23 396	—	—
Köln									
Reichstagswahl 1932	**91 129**	**12 485**	**100 519**	**75 411**	**1 362**	**116 112**	**5 691**	**1 627**	**586**
Landtagswahl 1932	66 172	8 504	101 983	58 427	6 925	109 155	12 104	1 196	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	81 317	4 793	84 111	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	67 786	6 613	70 280	77 288	17 586	99 454	26 770	—	—
Königsberg									
Reichstagswahl 1932	**33 880**	**10 567**	**75 697**	**37 900**	**1 767**	**4 715**	**3 032**	**3 443**	—
Landtagswahl 1932	29 709	10 231	78 257	35 243	3 666	4 139	6 481	3 434	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	32 896	11 341	53 774	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	36 994	11 493	53 510	36 633	6 556	4 152	21 881	—	—
Magdeburg									
Reichstagswahl 1932	**24 426**	**8 240**	**73 805**	**69 376**	**2 907**	**4 707**	**3 504**	**773**	**163**
Landtagswahl 1932	21 720	14 030	63 295	71 432	5 018	4 022	5 988	888	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	22 715	18 945	50 935	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	25 005	10 871	38 089	75 347	9 677	4 036	18 296	—	—
München									
Reichstagswahl 1932	**60 770**	**11 850**	**112 458**	**87 172**	**2 005**	**105 268**	**3 051**	**3 085**	**712**
Landtagswahl 1932	50 853	12 770	112 214	81 457	?	111 256	9 880*)	6 129	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	56 711	9 055	102 372	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	40 169	9 387	86 607	81 510	—	110 542	15 242*)	3 747	—
Nürnberg									
Reichstagswahl 1932	**31 404**	**7 457**	**95 115**	**84 045**	**1 799**	**20 985**	**1 380**	**4 833**	—
Landtagswahl 1932	28 854	8 721	93 022	76 369	?	21 511	7 707*)	7 425	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	28 443	7 222	93 606	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	20 262	6 005	60 104	96 400	?	20 740	17 499	3 952	—
Wuppertal									
Reichstagswahl 1932	**58 035**	**14 932**	**110 764**	**39 681**	**1 021**	**25 791**	**2 476**	**3 987**	**340**
Landtagswahl 1932	49 141	13 691	110 088	38 693	2 376	25 000	4 807	3 518	—
Reichspräsidentenwahl, 1. Whlg.	56 973	15 283	91 015	—	—	—	—	—	—
Reichstagswahl 1930	57 805	17 829	58 756	42 732	8 635	24 377	10 109	—	—

*) mit WiP.

Wahltag in Hamburg.

K. P. Hamburg, 1. August.

Es ist ruhiger auf den Straßen als an vielen Wahltagen. Demonstrationen und öffentliche Wahlbekanntmachungen sind verboten. In den Morgenstunden sieht man einzelne SA-Trupps von auswärts einmarschieren. Ab 18 Uhr spürt man überall die Spannung: Was für ein Ergebnis wird die Wahl bringen?

Alles ist in Alarmbereitschaft, SA, Reichsbanner, Antifaschistische Aktion. Die Nazis haben durch ein gut ausgebautes Netz von Wirtschaften, in denen sie in Bereitschaft liegen, die Arbeiterviertel eingekreist. Junge Burschen spazieren lachend vor den Türen. Sie fühlen sich als Herren des Tages. Die Hauptgebäude der Nazis (das Gaubüro und das Haus des „Hamburger Tageblatts"), die in bürgerlichen Gegenden liegen, sehen mit ihren herabgelassenen Gardinen und fast ohne Fahnenschmuck völlig ausgestorben aus. Nicht einmal SA-Posten stehen vor den Türen. Auffallend ist, daß vor allem in Arbeitergegenden die Hakenkreuzfahnen, die am Vormittag sichtbar genug heraushingen, gegen Abend eingezogen worden sind.

Vor dem Gewerkschaftshaus stehen viele Menschen; aber es wird kaum diskutiert. Die Spannung ist zu groß. Um 23 Uhr sind in der Neustadt, einer Kommunistengegend, noch viele auf der Straße. Vor den Lokalen, aus denen heraus das Radio zu hören ist, steht ein Haufen Menschen; Polizei ein paar Schritte entfernt. Es werden gerade Wahlresultate von Köln und Hannover angesagt. Abnahme der SP-Stimmen: reglose Gesichter; ungeheure Zunahme der Nazis; Zunahme der Kommunisten: Freude, aber dann wieder völliger Ernst. Die Genossen hier auf der Straße jubeln nicht über ihren „Sieg". Sie erkennen daneben die wachsende Gefahr des Gegners.

Noch ist alles ganz ruhig. Die ersten Polizeistreifen lassen die harmlosen Ansammlungen vor den Wirtschaften zu. Gegen 24 Uhr kommt die Ablösung. Zwei junge Sipos fühlen sich nun plötzlich verpflichtet, ihr Revier zu räumen. Die Ansammlungen werden zerstreut. Arbeiter, Frauen und Burschen, die vor ihren Wohnungen stehen und sitzen, sollen in ihre Wohnungen verschwinden. Man schimpft. Als die zwei Sipos in den schmalen Bäckerbreitergang mitten im Gängeviertel einbiegen, fallen plötzlich Schüsse. Der eine Sipo sinkt zusammen. Er hat einen schweren Bauchschuß erhalten. Der andere einen leichten Fußschuß. Im Nu erscheint Polizei mit gezogenem Revolver. Es wird geschossen. Später kommen Polizeistreifen, ausgerüstet mit Stahlhelm und Gewehr.

Ein Toter und vier Schwerverletzte (darunter ein Polizeibeamter) werden ins Hafenkrankenhaus eingeliefert. Sonst bleibt alles ruhig.

Ueber ein stilles schwarzes Fleet schallt aus einer Privatwohnung deutlich die Stimme des Ansagers aus dem Radio. Am Brückengelände stehen Menschen und horchen. Bei der Angabe des fast endgültigen Gesamtergebnisses sagt einer: „Na, nu können wir einpacken. Nun ist's aus." „Was, es gibt doch noch genug zu tun!" „Laß sie man machen. Mal sehn, was sie tun. Dann werden die andern aufwachen." „Still! Das Braunschweiger Wahlergebnis!" Zunahme der Nazis! „Da regieren sie. Haben sie da etwa abgewirtschaftet?" Der Genosse, müde: „Tja, nun können wir einpacken."

Aber es gibt zum Glück noch andere Stimmen. Solche, die nicht gewillt sind, „einzupacken", sondern sich zu wehren.

Etwa um 2.30 Uhr ziehen einzelne SA-Trupps von den verschiedenen Wirtschaften in ihre Hauptlokale zurück. Polizei begleitet sie. Selbst an den Ecken, wo kommunistische Genossen stehen, gibt es keine Zusammenstöße. Nur ab und zu hört man ein siegesbewußtes „Heil, Hitler!"

Dem Ingenieur Kohlhauer wurde die Schädeldecke abgerissen, als er bei der Firma Koechert und Sohn in Ilmenau an einem Glühschrank mit neuen Erfindungen experimentierte, und sich dabei eine Explosion ereignete. Der Ingenieur ist tot.

Das Sterben der deutschen Bauwirtschaft.

Der Bericht der Deutschen Bau- und Bodenbank über die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft im zweiten Halbjahr 1931 bringt geradezu erschütternde Zahlen, — erschütternd vor allem, wenn man bedenkt, daß in früheren Krisen der beginnende Aufschwung der Bauwirtschaft das Signal für den Beginn eines neuen allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges war.

Die deutsche Bauwirtschaft scheint an dieser Krise zu sterben.

Ihren zahlenmäßig schärfsten Ausdruck findet die Bauwirtschaftskrise in den folgenden Gegenüberstellungen von Baubeginnen und Bauvollendungen in 96 deutschen Groß- und Mittelstädten während der Jahre 1929, 1930 und 1931 (1929 sind nur 92 Groß- und Mittelstädte erfaßt worden):

	1929	1930	1931
	a) Wohngebäude		
Baubeginne	30 543	26 040	11 889
Bauvollendungen	32 122	33 241	23 413
	b) Wohnungen		
Baubeginne	143 051	125 452	50 130
Bauvollendungen	142 642	161 961	119 876

Dabei ist das Zurückbleiben der Baubeginne gegenüber den Vorjahren von Monat zu Monat größer geworden, wie die folgende Tabelle zeigt:

Wohnungsbaubeginne in Groß- und Mittelstädten.

	1929	1930	1931
Januar	3 468	5 247	5 225
Februar	782	5 548	3 610
März	6 192	6 234	3 555
April	19 209	9 361	4 271
Mai	14 186	12 255	6 609
Juni	15 874	12 155	7 857
Juli	17 698	13 826	5 680
August	13 712	13 970	3 620
September	14 989	14 351	3 272
Oktober	13 181	12 060	3 076
November	8 839	13 360	2 142
Dezember	4 556	6 914	1 213

Insgesamt wurden in den statistisch erfaßten Groß- und Mittelstädten im Jahre 1931 rund 120 000 Wohnungen vollendet, also etwa 26 Prozent weniger als im Vorjahr, gleichzeitig wurde der Bau von nur 50 000 Wohnungen begonnen!

Die Zahl aller in Deutschland im Jahre 1931 errichteten Wohnungen wird auf 240 000 geschätzt, gegenüber einer Vorjahresleistung von 311 000.

Dieselbe Entwicklung zeigt das Beschäftigungsbild im Baugewerbe:

Vollbeschäftigte in Prozenten der erfaßten Gewerkschaftsmitglieder.

	1929	1930	1931		1929	1930	1931
Januar	34	41	24	Juli	90	61	42
Februar	27	36	22	August	89	60	35
März	53	47	26	September	87	59	31
April	79	54	33	Oktober	82	55	26
Mai	88	59	42	November	70	46	19
Juni	90	62	43	Dezember	45	33	14

Die Bedeutung der Bauwirtschaft im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft.

Das Darniederliegen der Bauwirtschaft hat umso verhängnisvollere Wirkungen, als die Bauwirtschaft mit zahlreichen anderen Industrien eng zusammenhängt.

Um die Bedeutung des Baugewerbes voll zu ermessen, darf man nämlich nicht absehen von den mittelbar für das Baugewerbe tätigen Industrien, wie der Industrie der Steine und Erden, der Eisen- und Metallgewinnung, den Farbstoff-, Leim- und Firnis-Industrien, der Schmiederei, Schlosserei und dem Transportgewerbe. Wenn ein Haus gebaut wird, so bekommen ja nicht nur Maurer und Zimmerer Arbeit, sondern vorher schon zum Beispiel Holzfäller und Eisenarbeiter, Mauersteinfabriken und Zementgruben, Tiefbauarbeiter und Röhrengießer. Und wenn der Bauhandwerker den Platz verläßt, so finden Schreiner, Maler, Installateure und Schlosser noch ihr Brot.

Unter Berücksichtigung solcher dem Bauhandwerk vor- und nachgelagerten Industriezweige ergibt sich, daß

vom Baugewerbe schätzungsweise fast 4—4½ Millionen Erwerbstätige abhängig sind.

In welchem Ausmaß diese Erwerbstätigen insgesamt durch die katastrophale Lage des Baumarktes brotlos geworden sind, läßt sich kaum schätzen. Die arbeitslosen Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter allein machten am Schluß des Jahres 1931 rund 16,4 Prozent aller Arbeitsuchenden aus, und die Vermutung, daß

mehr als ein Viertel der deutschen Arbeitslosigkeit die Folge des darniederliegenden Baugewerbes darstellt,

dürfte eher zu weit nach unten als zu weit nach oben greifen.

Dabei hat das deutsche Proletariat neue und gesunde Wohnungen bitter nötig!

Ende 1931 kamen auf rund 17,3 Millionen Haushaltungen in Deutschland nur etwa 16,1 Millionen Wohnungen. Das bedeutet, daß 1,2 Millionen Familien ohne eigene Wohnung sein müssen. Hierbei ist an die große Zahl der Proletarierfamilien noch nicht gedacht, die in den „schönen" Altstadt-Vierteln der Städte oder in sogenannten „Notwohnungen" menschenunwürdig untergebracht sind. Ebenso sind bei den vorhandenen Wohnungen zu Unrecht die leerstehenden Villen und Großwohnungen mitgezählt, die in ihrer heutigen Beschaffenheit auch von den Angehörigen der ausbeutenden Klasse nicht mehr zu Wohnzwecken benutzt werden.

Warum liegt das Baugewerbe so trostlos darnieder?

Auch die Bauwirtschaft krankt an den Kartellpreisen auf den Materialien-Märkten.

Der Baukostenindex lag zur Zeit der Berichterstattung (Ende 1931) mit 140,5 wesentlich über dem Lebenshaltungsindex (130,4) und dem Großhandelsindex (103,7). Er lag so hoch, obgleich die Preise für Bauhölzer fast auf den Vorkriegsstand herabgesunken sind — sie sanken von 1929 (Jahresdurchschnitt) bis zum Dezember 1931 um rund 32 Prozent. Leinölfirnis sank in der eben genannten Zeit gar um 56 Prozent im Preise, die Mauersteinpreise fielen um 34 Prozent. Dieser gewaltige Preissturz wichtiger Baustoffe, der für die Ankurbelung der Bauwirtschaft hätte nützlich sein können, wird zu einem großen Teil ausgeglichen durch die Preis*höhe* für Zement, der in neuerer Zeit einer der meistbenutzten Baustoffe geworden ist. Der Zementpreis fiel in der angegebenen Zeit im Durchschnitt in einigen deutschen Großstädten nur um 15 Prozent, Dachpappe gar im Reichsdurchschnitt nur um 3 Prozent.

Seit Ende 1931 sind die Baukosten erheblich gefallen. Der Baukostenindex stand im Juni auf 121,5, also um 19 Punkte niedriger als im Dezember 1931. Für eine natürliche Belebung des Baumarktes kam diese Senkung zu spät.

Und dann die Bodenpreise für Wohngrundstücke!

Außerordentlich interessant ist in diesem Zusammenhang die Statistik der Grundstückskosten (Preise der Grundstücke, einschließlich Auflassungs-, jedoch ohne Aufschließungskosten). Leider reicht sie nur bis 1930.

Durchschnittliche Grundstückskosten in Mark je Quadratmeter Wohnfläche:

Gemeinden mit Einwohnern	1928	1929	1930
100 000 und mehr	12,42	12,93	12,85
50 000 bis unter 100 000	10,90	10,81	10,92
20 000 bis unter 50 000	9,14	9,04	8,73
10 000 bis unter 20 000	8,54	8,30	8,00
5 000 bis unter 10 000	8,15	7,83	7,64
1 500 bis unter 5 000	9,02	8,59	9,55

Selbst in ihrer Unvollkommenheit macht diese Tabelle deutlich, warum *vor* Bebauung der inneren und äußeren Stadtbezirke Neusiedlungen oft viel weiter als nötig vom Stadtzentrum entfernt angelegt werden.

Niedrig waren nur — die Löhne . . .

Sie wurden im Frühjahr 1931 zunächst um 7—14 Prozent gesenkt, blieben während der Saisonmonate im Sommer auf annähernd gleicher Höhe, um dann durch die Vierte Notverordnung auf den Stand vom 10. Januar 1927, also um weitere 8—10 Prozent gesenkt zu werden. In den höchsten tarifmäßigen Altersklassen betrugen die Stundenlohnsätze:

	1. Juli 1931	1. Nov. 1931	10. Jan. 1927
Baufacharbeiter . . .	113,2 Pf.	112,8 Pf.	103,3 Pf.
Bauhilfsarbeiter . . .	88,8 Pf.	88,5 Pf.	79,7 Pf.

Die wirkliche Lohnsenkung ist jedoch weit stärker, da im Baugewerbe während der Hochkonjunktur vielfach im Akkord gearbeitet und über Tarif bezahlt wurde.

. . . und die Mieten!

Es ist bekannt, daß die Mieten — und damit die Verzinsung des Baukapitals — nach dem Kriege auf gesetzgeberischem Wege niedrig gehalten wurden. Noch Anfang 1931 lagen sie trotz mehrfacher Erhöhung weit unter dem Lebenshaltungsindex. Erst Ende 1931 erreichten sie infolge der Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten den gleichen Stand wie jener. Demgegenüber liegen, wie schon erwähnt, die Produktionskosten im Baugewerbe noch immer über dem allgemeinen Produktionskostenindex.

Voraussage für die Entwicklung des Baugewerbes im Jahre 1932.

Nur halb so viel Investierungen wie im Vorjahre dürfen als gesichert angesehen werden. Kein Wunder! Wie kann man einen Umschwung erwarten, solange die *Ursachen des Niederganges* nicht beseitigt werden! Solange es Interessentengruppen, organisierten bei den Kartellen, unorganisierten bei den Besitzern von unbebauten Wohngrundstücken, in Deutschland nach wie vor möglich ist, wichtige Baustoffe und den Baugrund auf hohem Preise zu halten, und solange die Kaufkraft der Massen derart eingeschränkt bleibt, daß sie sich nicht einmal ausreichendes Essen, geschweige denn eine gesunde und schöne Wohnung leisten können, — so lange wird der weitere Abstieg der Bauwirtschaft das Signal für den weiteren Abstieg der gesamten deutschen Wirtschaft sein.

Berta Rode.

Das schwächste Glied der Kette: die deutschen Gemeinden.

Die kommunalen Schulden in Deutschland (in Milliarden Mark) sind folgendermaßen gestiegen:

1927/28	6,54
1930/31	11,25
1931/32	11,3

Ende 1929/30 war schon ein Defizit von 200 Millionen Mark vorhanden. Für Ende 1931/32 wird es vorläufig mit 500 Millionen Mark angegeben; infolge von Fehlbeträgen wird es vermutlich höher sein. — Wie stark das Defizit im Jahre 1932/33 anwachsen wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen; das hängt ab von der Höhe der Wohlfahrtslasten einerseits und der Reichszuschüsse andererseits.

Die Verschiebung der Ausgaben ergibt sich aus folgender Uebersicht über die Hauptposten (in Millionen Mark):

	1928/29	1931/32
Wohlfahrtslasten	1 472	2 255
Schuldendienst	389	600
Wegebau	611	460
Bildungswesen	1 146	855

Eine Stadt meldet Konkurs an.

Die Stadt Ribnitz in Mecklenburg hat Konkurs angemeldet. Einem Vermögen von 2,5 Millionen Mark, das sich natürlich nicht rasch zu Geld machen läßt, steht eine Schuldenlast von 1,25 Millionen Mark gegenüber. Die eigentliche Zahlungsunfähigkeit der Stadt ist auf die Einbehaltung von Steuerüberweisungen durch das Finanzministerium zurückzuführen.

Wir sagen immer wieder: Die Gemeinden sind das schwächste Glied in der Finanzkette. Am schwächsten Glied reißt die Kette.

Arbeitslosigkeit steigt um 100 000 monatlich.

In Deutschland ist der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr beendet. Die zweite Hälfte Juni brachte noch eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 93 000, jedoch ist seit Anfang Juli die Arbeitslosigkeit wieder um 16 500 gestiegen. Der Höhepunkt der Saisonentlastung ist also überschritten. In der Saison war sonst eine erhebliche Steigerung der Beschäftigtenzahl zu verzeichnen. Die in diesem Jahr besonders geringe Saisonentlastung führt uns mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen, daß die Wirtschaftskrise sich immer noch verschärft.

Die jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes war geringer als jemals seit 1927, die Arbeitslosigkeit aber bedeutend höher. Die nachfolgende Tabelle, die wir dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung entnehmen, gibt die saisonmäßigen Höhepunkte und Tiefpunkte der Arbeitslosigkeit wieder.

Jahr	Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Winter		Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit im Sommer		Rückgang der Arbeitslosigkeit vom Höhepunkt zum Tiefpunkt
	Zeitpunkt	Zahl der Arbeitslosen	Zeitpunkt	Zahl der Arbeitslosen	
1924	Ende Januar	1 904 000	Ende Mai	579 000	1 325 000
1925	Ende Januar	800 000	Ende Juni	401 000	399 000
1926	Ende Febr.	2 269 000	Ende Okt.	1 709 000	560 000
1927	Ende Januar	2 257 000	Ende Sept.	772 000	1 485 000
1928	Ende Januar	1 791 000	Mitte Aug.	947 000	844 000
1929	Ende Febr.	3 050 000	Ende Juli	1 252 000	1 798 000
1930	Ende Febr.	3 366 000	Ende Mai	2 635 000	731 000
1931	Mitte Febr.	4 991 000	Ende Juni	3 954 000	1 037 000
1932	Mitte März	6 129 000	Ende Juni	5 476 000	653 000

Schalten wir die Saisonbewegung aus den Berechnungen aus, so ergibt sich, daß die Belastung des Arbeitsmarktes mit Arbeitslosen sich von Monat zu Monat verstärkt. Die Zunahme der Arbeitslosen war am stärksten in den ersten drei Vierteljahren 1930. Damals vergrößerte sich die Reservearmee monatlich um 130—140 000 Menschen. Im ersten Halbjahr 1931 sank der monatliche Zuwachs etwas: auf 110 000. Ende 1931 stieg er wieder auf 127 000. Gegenwärtig beträgt er wohl etwa 100—110 000. So stark wächst die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat, soweit sie überhaupt statistisch erfaßt wird.

Die Zahl der nicht von den Arbeitsämtern statistisch erfaßten Arbeitslosen wird vom Institut für Konjunkturforschung vorsichtig als eine „latente (stille) Reserve" des Angebots an Arbeitskräften bezeichnet, „deren untere Grenze bei 1 Million und deren obere Grenze bei vielleicht 2 Millionen liegen kann". Nach dieser Schätzung gibt es also in Deutschland heute nicht 5,5, sondern 6,5—7,5 Arbeitslose.

H. H.

DEUTSCHLAND

Starre Kartellpreise: Die Indexziffern der Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren haben sich seit Jahresanfang folgendermaßen entwickelt:

	Freie Preise	Gebundene Preise
Januar	51,2	84,4
April	47,9	84,1
Juni	45,2	84,1

Während die freien Preise Monat für Monat um etwa einen Punkt zurückgegangen sind, bleiben die gebundenen Preise nahezu starr. — Wie sollte sich da die Wirtschaft beleben?

Deutsche Wolle für deutsche Uniformen! Anläßlich der Wollauktion in Ulm wurde auf einer Besprechung von Vertretern verschiedener Reichsministerien und der Beschaffungsstellen der Polizei, Reichsbahn, Reichspost u. s. w. eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Bei Ausschreibungen von Lieferungen für die öffentliche Hand soll der Zuschlag nur solchen Lieferfirmen erteilt werden, die buchmäßig einwandfrei nachweisen, daß sie einen ausreichenden Prozentsatz deutscher Wolle in ihrem Betriebe verarbeitet haben.

Verlust bei Karstadt: Im vergangenen Geschäftsjahr ist der Umsatz auf 252 Millionen Mark gegenüber 310 Millionen Mark im Vorjahr zurückgegangen; mengenmäßig ist der Umsatz fast so groß wie im Vorjahr. Ein Bild vom Umsatz gibt die Anzahl der Kassenzettel: 133 Millionen. — Verlust, nach Einziehung von 5 Millionen Mark eigenen Aktien: 34 Millionen Mark.

Statistik des Unfugs: Die Zahl der Inflationsprojekte, die seit 1929 in der Oeffentlichkeit neu aufgetaucht sind, wird allein für Deutschland — nach der neuen Zeitschrift „Währung und Wirtschaft" — auf etwa 20 000 geschätzt. Die Zeitschrift will regelmäßig in laufender Numerierung eine Auswahl der neu bekanntgewordenen Projekte aufführen. — Statt der Ueberschrift „Inflationsbewegung, Währungreformprojekte" schlagen wir der Zeitschrift vor, künftig zu schreiben: Währungs-Charlatane.

CHILE

Inflation: Die Notenbank wird durch ein Dekret der Regierung gezwungen, bei einem normalen Diskontsatz von 6 bis 7 Prozent zu nur 2 Prozent 180 Millionen Pesos auszuleihen.

Ein interessantes Täuschungsmanöver: Damit formell die gesetzliche Metalldeckung aufrecht erhalten bleibt, soll künftig die *Gold*reserve in *Papier*pesos bewertet werden. Je weiter man die Entwertung treibt, um so größer wird — in entwerteten Papierpesos gerechnet! — die Golddeckung. — Allen Währungs-Charlatanen, die nicht von selber auf genügend törichte Ideen kommen, zur Nachahmung empfohlen!

BELGIEN

Gegen die Konkurrenz des Oels: Bergwerksbesitzer und Kohlenausfuhrhändler fordern die Aufhebung der Zollfreiheit für eingeführte Oele, die als Heiz-, Licht- oder Kraftquelle benützt werden. — Mit anderen Worten: Sie wollen Konkurrenten los sein!

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz. 5909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 181 B — BERLIN • Donnerstag, den 4. August 1932 — 1. JAHRGANG

Ostpreußen offen unter Nazi-Terror.

Die italienischen Mordmethoden nach Ostpreußen übertragen.

Die Rechtsprechung schützt nur die Rechten.

Hk. Dem Königsberger Beispiel ähnlich sind in einer Reihe anderer Städte Attentate auf Republikaner ausgeführt worden. So vor allem in der Nacht zum Dienstag in Marienburg auf die Wohnungen des Polizeiinspektors Riedel (Vertrauensmann des abgesetzten sozialdemokratischen Elbinger Polizeipräsidenten), des Stadtbaurats Mollenhauer (Zentrum) und des örtlichen ADGB-Vorsitzenden Rahn. Bei den Ueberfällen wurden Flaschen mit Salzsäure geworfen, es

AUS DEM INHALT:

Der deutsch-polnische Kleinkrieg:
Proteste ohne Taten / Komödie im Reichs-
Ignaz Seipel / Der abtrünnige Renner.
Wie wird ein neuer Krieg aussehen?
[illegible] des Faustrechts.
Rückgang der Nazistimmen.
Die Krisenwirkung auf den ADGB.
Auch Spaniens Schwerindustrie verlangt Subventionen.

wurde in die Wohnungen geschossen oder die Banditen versuchten, in die Wohnung einzudringen. Kurz vor den Attentaten war ein Gastwirt von Banditen unter Revolverdrohungen gezwungen worden, das Ueberfallkommando anzurufen und nach Tessendorf zu schicken.

Weitere Attentate wurden gegen das Volkshaus in Liegnitz (Handgranatenwurf eines Motorradfahrers) und gegen die Wohnung des abgesetzten Landrats in Goldberg (Schlesien) ausgeführt (Pistolenschüsse). Auch gegen das Haus der kommunistischen „Arbeiterzeitung" in Mannheim wurde geschossen.

Zu den Königsberger Ueberfällen

teilt der „Vorwärts" noch eine bemerkenswerte Einzelheit mit:

„Seit einigen Wochen war Genosse Wyrgatsch telephonisch mit Morddrohungen überschüttet worden. Als er daraufhin beim Telephonamt eine Ueberwachung einrichten ließ, hörten die Drohungen automatisch auf. Am gleichen Tage, an dem die Ueberwachungsfrist abgelaufen war, setzten sie wieder ein — zehn Minuten nach Ablauf der Frist! Nach dem Ueberfall gelang es Frau Wyrgatsch zehn Minuten lang nicht, Verbindung mit dem Telephonamt zu erreichen."

Die Polizei hat sich über die Resultate ihrer Nachforschungen noch nicht näher geäußert. 80 Verhaftungen sind vorgenommen. Man kann also noch nicht sagen, wie weit es den Nazis gelingt, *organisatorisch* ihre für jeden Sehenden deutliche Verbindung mit den Attentaten zu verschleiern. Wie die an anderer Stelle mitgeteilten Urteile des Schnellrichters zeigen, wird ihnen das Gericht dabei mit Wohlwollen begegnen.

Natürlich vollzieht sich die Organisierung solcher Attentate nicht durch Gaubefehl mit Aktenzeichen. Wie man so etwas macht, hat Mussolini seinen deutschen Schülern gezeigt: nach einer scharfen Parlamentsrede Matteottis sagte er zu den geeigneten Personen seiner Umgebung: Wenn ihr nicht alle Feiglinge wäret, dann wäre eine solche Rede nicht möglich gewesen. — Dann kam noch ein ähnlicher Artikel in der faschistischen Presse — und der Mord geschah. Aehnlich in Königsberg. Am 29. Juli sind von Nazis folgende Worte in öffentlichen Versammlungen gesagt worden:

„Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000, oder besser noch 15 000 der marxistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprechen und nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden (Stürmischer Beifall). Damit will ich aber nicht im entferntesten eine Mordhetze entfesseln." (Tosender Beifall. Frick in Königsberg.)

„Die Herrschaften sollen sich nicht wundern, wenn sie sich eines Morgens als Leichen wiederfinden, nachdem sie so viele Leichen in Deutschland auf dem Gewissen haben." (Der Königsberger Gauleiter Koch in Braunsberg.)

An die Attentate auf die Königsberger Zeitungen knüpft der „Angriff" folgende Aufforderung zu gründlicherem Aufräumen:

„Sollte diese Nachricht wirklich der Wahrheit entsprechen, so ist es und bleibt es trotzdem eine Ungeheuerlichkeit, wegen dieser Brandbomben-Würfe, die nichts weiter als ein Dummerjungenstreich sind, der Nationalsozialistischen Partei Mord- und Terrorabsichten in die Schuhe schieben zu wollen!

Das mögen sich die Strolche in den Redaktionsstuben der Sudelblätter gesagt sein lassen: Bei einem wirklichen Bombenanschlag gehen nicht nur einige Fensterscheiben entzwei! Aber das können ja natürlich diese dreckigen Jugenjungs, die während des Krieges in der Etappe gesessen und schon damals gehetzt haben, nicht wissen." Wo der „saubere" Goebbels gesessen hat, ist bekannt. Auch der Sitz des nicht weniger sauberen Frick war vom Kriegsschauplatz weit entfernt.

Bracht hat soeben „zum letzten Mal gewarnt", insbesondere „auch alle Organisationen, wie jeden einzelnen, weiter zu blutigem Terror zu hetzen. Die Presse hat sich jeder Aufpeitschung der Leidenschaften auch durch unrichtige Berichterstattung zu enthalten, andernfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen."

Aber es ist trotz der neuen Hetze des „Angriff" nichts gegen ihn geschehen.

Auch die Antwort, die

Papen „unverzüglich und bestimmt"

einem Vertreter der „Associated Press" auf eine peinliche Frage am Montag erteilt hat, ist bisher bloße Lufterschütterung geblieben. Der Interviewer hatte Papen an den Vorwurf der linken Presse erinnert, daß die Regierung gegen kommunistische Ausschreitungen zwar Stellung nehme, aber nicht feststelle, daß auch die NS sich Gesetzesübertretungen zuschulden kommen ließen. Die „unverzügliche und bestimmte" Antwort lautete:

„Wer auch immer nachgewiesenermaßen für die Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird erfahren, daß wir entschlossen sind, rasch und summarisch mit ihm zu verfahren."

Wie würde ein solches Verfahren gegenüber Kommunisten aussehen!

„Nachgewiesenermaßen verantwortlich", sagt Papen. Bei diesem „Nachweis" reden die Gerichte ein Wort mit, und sie haben zu reden begonnen.

Das Schnellgericht

fällte am Dienstag die ersten Urteile gegen die Königsberger Täter.

Der Student Rent hatte bei einem Einbruch in ein Waffengeschäft drei Pistolen gestohlen, die bei ihm gefunden wurden. Antrag des Staatsanwalts: ein Jahr Zuchthaus. Urteil: sechs Monate Gefängnis. Begründung für das herausfordernd milde Urteil: die Tat sei aus der „Erregtheit der Zeit" zu erklären.

Der SA-Mann Radtke hatte verbotener Weise einen geladenen Revolver und einen Gummiknüppel, der SA-Mann Schulz einen Totschläger bei sich. Radtke hatte bereits den Revolver auf eine Gruppe junger Leute angelegt gehabt, ohne angegriffen zu sein. Urteil: zwei Wochen und drei Tage Gefängnis (wie korrekt ausgerechnet!) für Radtke; fünf Tage Gefängnis für Schulz. Für beide Strafaussetzung auf drei Jahre gegen Zahlung von Geldbußen in Höhe von 30 bzw. 20 Mark!

Die den Worten von Papen und Bracht ins Gesicht schlagende Milde des Vorgehens gegenüber denjenigen, die sich gegen die von Bracht beschwärmte „Heiligkeit des Menschenlebens" vergehen, erklärt sich aus dem Umstand, daß der Reichsregierung wie allen anderen Leuten der Zusammenhang der NSDAP mit den Königsberger Attentaten natürlich bekannt ist, daß sie aber andererseits nach dem Wahlergebnis die Absicht hat, mit dieser Partei zusammen zu regieren.

Die Linke ist vogelfrei.

Von Willi Eichler.

Die Zustände in Ostpreußen spotten jeder Beschreibung. Wir bringen hier, um zu zeigen, daß wir keinerlei Uebertreibung begehen, unverkürzt zwei Meldungen der Hugenbergschen Telegraphen-Union:

Königsberg, 3. August.

„In der Nacht zum Mittwoch wurde in dem Dorf Norgau im Samlande ein Anschlag auf den linksgerichteten Gemeindevorsteher und Gastwirt Gallowski verübt. Es erschien gegen 23 Uhr ein Mann an dem Fenster des Gallowskischen Hauses, klopfte und rief: „Es brennt im Dorf." Als der Gemeindevorsteher an das Fenster trat, krachten zwei Schüsse, von denen der eine Gallowski in den Kopf traf. Die Kugel blieb in der Schädeldecke stecken und wurde von dem herbeigerufenen Arzt entfernt. Gallowski hat sechs Sprengschüsse, die er in seinem Hause hatte, hinter dem Täter abgebrannt. Gallowski, der früher der sozialdemokratischen Partei angehörte, soll jetzt Kommunist sein. Ueber die Täterschaft sind die Ansichten im Dorf Norgau geteilt. Gallowski war allgemein außerordentlich unbeliebt. Er hatte vor einiger Zeit versucht, einen nationalsozialistischen Besitzer, dem eine Scheune abbrannte, als Brandstifter zu verhaften. Tatsächlich stellte sich aber dann die Unschuld des Besitzers heraus, der in der Brandnacht gar nicht zu Hause gewesen war. Auch sonst waren die Gegensätze zwischen rechts und links in Norgau sehr scharf, und es ist wiederholt zu Zusammenstößen gekommen."

Tilsit, 3. August.

„Am Mittwoch früh hielt in Szillen vor dem Hause des Reichsbannerführers und Vertrauensmannes der SPD, Raschkowski, ein Auto, dem drei Personen entstiegen. Einer von ihnen rief zu der von Raschkowski bewohnten Wohnung hinauf: „Wohnt hier Herr Raschkowski?", worauf die Frau des Angerufenen die Frage bejahte. Hierauf wurde zurückgerufen: „Wenn er zu Hause ist, soll er schnell herauskommen! Herr Krusch aus Tilsit (der Führer des Reichsbanners in Tilsit) muß ihn dringend sprechen!" Raschkowski kam ans Fenster, sah aber nur vorsichtig hinaus. Als er bemerkte, daß einer der Leute nach einem Revolver griff, trat er schnell ins Zimmer zurück. Darauf wurden acht Schüsse gegen das Fenster abgefeuert, die jedoch niemand verletzten. Auf die Schüsse stürzten Hausbewohner heraus, worauf die Autofahrer in den Wagen sprangen und in schnellem Tempo davonfuhren. Die Nummer des Wagens konnte nicht erkannt werden."

Diese beiden Meldungen zeigen, wie schon viele vorher,

daß von einem spontanen Akt der Erregung nicht die Rede sein kann.

Es handelt sich bei diesen Fällen um die gleiche Art sorgfältig vorbereiteter unglaublich feiger und nichtswürdiger Mordbubenstreiche, wie sie uns die Augenzeugen des mussolinischen Mordregimes in unzähligen Beispielen geschildert haben: Es wird ein linksgerichteter politischer Führer ans Fenster oder an die Tür gerufen mit der Begründung, ein Freund wolle ihn sprechen oder eine Amtshandlung werde von ihm verlangt. Der Ahnungslose erscheint am Fenster oder in der Tür und wird von den im Auto auf der Lauer liegenden faschistischen Wegelagerern niedergeknallt.

Wir berichten an anderer Stelle, wie die deutschen Gerichte für solche Lumpen noch Milderungsgründe finden. Für die vorsichtige Haltung der Behörden ist außergewöhnlich bezeichnend die folgende „Richtigstellung" des Königsberger Polizeipräsidiums. Die Pressestelle dieser Behörde teilt nämlich mit:

„In der Berliner Presse ist irrtümlich die Nachricht verbreitet worden, daß bei dem Versuch des Ansteckens der Tankstelle Nationalsozialisten in Uniform anwesend gewesen seien. Richtig ist, daß in zwei dieser Fälle die Täter angegeben haben, der SA anzugehören. Eine Beteiligung an den Mordanschlägen bestreiten sämtliche Festgenommenen. Ein SA-Anwärter hat seinen Sturmführer beschuldigt, versucht zu haben, andere in der Frühe des 1. August zu Gewalttätigkeiten zu bestimmen. Im Interesse der Durchführung des Ermittlungsverfahrens erscheint es untunlich, über die Schuldfrage schon jetzt weitere Angaben zu machen."

Man beachte, wie subtil hier die Beamten vorgehen: es sei falsch, daß Nazis in Uniform versucht hätten, Tankstellen anzuzünden. Jeder Mensch denkt, es seien also Kommunisten oder Sozialdemokraten gewesen. Wie war es aber? Es waren nicht Nazis *in Uniform*, sondern Täter, die „angegeben haben, der SA anzugehören". Was hindert also das Polizeipräsidium, diesen Leuten ihre Parteizugehörigkeit zu glauben?

Eine weitere Bestätigung für die unerhörte Milde der Polizei gegenüber den Nazis erbringt eine Meldung, ebenfalls der Hugenbergschen Telegraphen-Union, aus Kassel vom 3. August:

„Am Dienstag abend wurden in Hofgeismar durch Beamte der Landjägerei bei Angehörigen der NSDAP Haussuchungen nach Waffen vorgenommen, da nach einer der Polizei zugegangenen Mitteilung im Orte eine Anzahl von Maschinengewehren und ein Panzerwagen versteckt gehalten sein sollten. Die Nachforschungen hatten das Ergebnis, daß der sogenannte Panzerwagen aufgefunden werden konnte; dagegen wurden Maschinengewehre nicht gefunden. Lediglich ein Revolver konnte beschlagnahmt werden. Bei dem sogenannten Panzerwagen handelt es sich nur um ein großes Lastauto, das mit einer doppelwandigen Stahlblechhaube mit Schießscharten versehen ist; die Zwischenwände der Stahlhaube sind mit Sägemehl ausgefüllt. Der Wagen wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach Kassel gebracht. Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt."

Die Telegraphen-Union kann sich nicht entschließen, dieses offenbare Mordinstrument der Nazis „Panzerwagen" zu nennen; sie macht daraus einen „sogenannten" Panzerwagen und betont, daß es sich „nur um ein großes Lastauto handele", das, wie sie hinterher selber durch die Schilderung der Einzelheiten erläutert, eben ein Panzerwagen ist. Die lakonische Mitteilung: „Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt", spricht Bände.

Wir leben in der Zeit des „Burgfriedens". Die Männer, die die höchsten deutschen Aemter besetzt halten, haben erklärt, daß sie die Ruhe und Ordnung wieder herstellen wollten. Die Unruhe und Unordnung hat in Deutschland derartig zugenommen, daß nur noch völlig Unwissende von einem geordneten Staatswesen sprechen können. Die Regierung und die verantwortlichen Staatsmänner, von Herrn von Hindenburg angefangen über Papen und Bracht bis zu dem letzten Polizeioffizier, können überhaupt nur noch dadurch einigermaßen haltbare Zustände in Deutschland schaffen, daß sie die SA und SS, dieses Krebsgeschwür am deutschen Volk, verbieten und die Führer der NSDAP unter Polizeiaufsicht stellen.

Die Arbeiterschaft kann selbstverständlich auf diese notwendigen Taten der leitenden deutschen Beamten nicht warten. Es darf keine Stunde gezögert werden mit einer Zusammenfassung der proletarischen Kräfte, die eindeutig erkennen lassen, daß sie nicht gewillt sind, den offenen, und von Stunde zu Stunde sich häufenden Ueberfällen auf linke Politiker tatenlos zuzusehen.

Aus dem Fernen Osten.

Die japanische Meldung vom Tod des Generals Ma wird von der chinesischen Regierung dementiert. Ma habe sich bei ihr telegraphisch gemeldet und versichert, daß er nach wie vor den Oberbefehl über die chinesischen Truppen in der Mandschurei führe. Das japanische Kriegsministerium hat daraufhin den japanischen General Honjo angewiesen, die Nachricht vom Tode Mas, die sehr ausführliche Mitteilungen über die Auffindung der Leiche des chinesischen Generals enthielt, nachzuprüfen.

Das chinesische Finanzministerium hat den japanischen Anteil an den Boxerentschädigungen entgegen der gestrigen Meldung freigegeben. Als Begründung teilt die chinesische Regierung mit, daß sie jetzt ein Drittel der in der Mandschurei beschlagnahmten Zolleinnahmen erhalten habe.

In der Umgebung von Kanton kam es zu heftigen Ueberschwemmungen. Nach einer russischen Meldung sind dabei 500 Menschen ertrunken und 500 000 obdachlos geworden. Im Ueberschwemmungsgebiet wüten Cholera und andere ansteckende Krankheiten.

Die in englischer Sprache erscheinende chinesische Zeitschrift „The China Critic" hat ein Interview mit einem Vertreter der Regierung gehabt über das Verhalten der chinesischen Marine während der Kämpfe um Schanghai. Dieser Regierungsvertreter hat geäußert, daß bald (!) Schritte unternommen werden würden, um die verantwortlichen Leute des Marineministeriums in Anklage zu versetzen. Denn eine Reihe der chinesischen Marineoffiziere hätten sich mit dem japanischen Admiral verständigt, auf die Japaner so lange nicht zu feuern, wie die Japaner selber den Kampf nicht eröffneten. Die Mannschaften seien während der Kämpfe vor Schanghai nicht an Bord gewesen, sondern hätten in der Provinz Fukin Mohn gepflanzt. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat die Redaktion der Zeitschrift auf einen Kommentar verzichtet, weil sie vergebens nach Worten suche, „die stark genug wären, unsere Bestürzung auszudrücken. Neben einer solchen Korruption hat die 19. Division ihre Aufgabe ausführen müssen, den Abwehrkampf gegen die japanischen Imperialisten zu führen!

Der deutsch-polnische Kleinkrieg.

Hr. Ein polnisches Seefest in dem vielumstrittenen Hafen Gdingen gab in diesen Tagen den deutsch-polnischen Reibereien neue Nahrung. Beide Parteien nutzten die Gelegenheit, den Partner zu provozieren.

In Warschau war Flaggenschmuck der öffentlichen Gebäude befohlen worden. Bei der Durchführung dieser Anordnung wurde auch an dem Gartenzaun des deutschen Geschäftsträgers, von Rintelen, eine polnische Nationalflagge angebracht, womit die Exterritorial-Rechte des deutschen Geschäftsträgers verletzt wurden. Rintelen hat die Fahne zweimal entfernt — nach seinem ersten Einschreiten wurde die Fahne erneut an derselben Stelle angebracht —, und sich dann gegenüber den bei ihm eindringenden Polizisten auf die Exterritorialität seines Grundstückes berufen. Die Polizisten zogen sich daraufhin zurück und die Fahne wurde außerhalb des Grundstücks angebracht. Das Nachspiel in der Presse: Die polnischen Zeitungen eröffneten einen Feldzug gegen den „seine polenfeindliche, chauvinistische Gesinnung kundgebenden deutschen Geschäftsträger". Rintelen wird beim polnischen Außenministerium Beschwerde einlegen; die polnische Regierung hat sich in Berlin über das Benehmen Rintelens beklagt.

Das Gegenstück zu diesem Vorgang spielte sich am Sonntag in Gdingen ab. Während zu Ehren des polnischen Seefestes eine Truppenparade und ein Festspiel stattfand, kreuzte das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" über der Stadt. Daß das keine Ehrung des Festes bedeutete, sondern eine Provokation, liegt bei den gespannten deutsch-polnischen Beziehungen auf der Hand. Kein Wunder, daß die polnische Presse es auch so aufgefaßt hat und entsprechend erbittert und gehässig reagiert.

Es ist eine üble Aufgabe, über diese kleinlichen Provokationen und Streitereien, in denen sich der Verkehr zwischen den offiziellen Vertretern dieser nationalistischen Staaten anscheinend in der Hauptsache abspielt, zu berichten oder sich sonst mit ihnen zu beschäftigen. Aber die Arbeiterschaft darf nicht an der Gefahr vorbeisehen, die dem Frieden droht, wenn solche von den Imperialisten beider Länder sorgsam gepflegte und zu politischen Konfliktstoffen aufgebauschten Lappalien sich derartig häufen, wie das seit Monaten in der Danziger Ecke geschieht. Um dieser Gefahr willen ist es unsere Aufgabe, daß wir als Sozialisten und Freunde des Friedens öffentlich zu diesen Dingen Stellung nehmen. Nicht um die Rechtsansprüche, die auf beiden Seiten mit hochtrabenden Worten geltend gemacht werden, auf ihre Gültigkeit hin zu prüfen — aber es gilt, die öffentliche Meinung dafür zu mobilisieren, daß die Arbeiterschaft es sich nicht gefallen lassen darf, und es sich bei den ihr zur Verfügung stehenden Kräften auch nicht gefallen zu lassen braucht, sich um spazierenfahrender Luftschiffe und an falscher Stelle flatternder Fahnen willen in die Völkerverhetzung und erst recht nicht in die Hölle eines imperialistischen Krieges hineintreiben zu lassen.

Krieg in Südamerika.

Der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay ist in vollem Gang, obwohl die offizielle Kriegserklärung noch nicht heraus ist. Am Dienstag abend eröffneten die bolivianischen Truppen einen Großangriff auf Puerto Casado, einen wichtigen strategischen Punkt am Paraguay-Fluß. Die paraguayische Regierung hat schon vor einigen Tagen die vollständige Mobilmachung angeordnet; alle Männer von 22 bis 29 Jahren, alle Offiziere von 20 bis 50 Jahren sind eingezogen worden. Zahlreiche Freiwillige, auch Frauen, haben sich darüber hinaus gemeldet. Der Staatspräsident von Paraguay erhielt diktatorische Vollmachten.

Der Völkerbund beschränkt sich diesen bedrohlichen Vorgängen gegenüber, die über die bloßen Kriegsvorbereitungen längst hinausgegangen sind, auf die Veröffentlichung von Briefwechseln und Telegrammen, in denen europäische Staaten und der Ratspräsident des Völkerbundes den streitenden Parteien ihre Vermittlung angeboten und zur Einhaltung der Völkerbundsverpflichtungen gemahnt haben. In maßgebenden Völkerbundskreisen sucht man mit allen Mitteln einen offiziellen Schritt zu vermeiden — offenbar unter dem Eindruck der erfolglosen Verhandlungen des Völkerbundes im chinesisch-japanischen Streit.

Die „Aechtung" des Krieges, die der Kellogg-Pakt pomphaft ankündigt, bezog sich also offenbar darauf, das *Wort* „Krieg" zu ächten. Dem wird jetzt entsprochen, indem man das, was früher „Krieg" hieß, jetzt „Verwicklungen", „Zusammenstöße" oder ähnlich nennt. — Eine Stink-Heuchelei des international-kapitalistischen Regierungsklüngels.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

45)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Der Wachoffizier meldet sich zur Stelle.

„Wer hat den Befehl für den ‚Alle Mann-Pfiff' gegeben, Herr Oberleutnant? Was soll das heißen, der Kommandant ist doch gar nicht an Bord?"

„Herr Kapitän . . ." stottert der Oberleutnant.

„Steht im Befehlsbuch etwas davon?"

„Nein, Herr Kapitän, nichts!"

„Mein Gott, was ist denn das nun wieder? Kommt denn gar keine Ordnung mehr in dieses Schiff rein?"

Die Leute sammeln sich auf der Schanze. Der Erste Offizier hört das Trampeln der vielen Füße auf dem Deck über seinem Kopf.

„Was wollen die Leute hier? Bitte gehen Sie gefälligst nach oben und schicken Sie die Leute weg!"

Der Wachoffizier kommt nach oben:

„Es war kein Befehl zum Antreten! Wegtreten!"

Aber die Leute treten nicht weg. Sie stellen sich ordnungsmäßig auf, in Musterungsdivisionen — erste, zweite, dritte, vierte Division. Sie richten sich aus, so wie es ihnen eingedrillt worden ist, und wie sie es vier Jahre lang geübt haben. Ein großer Teil hat den blauen Anzug an, fertig zum Anlandgehen.

Der Erste Offizier ist auch nach oben gekommen:

„Nun muß ich aber bitten, nun will ich aber doch wissen, was das bedeuten soll? Meldungen und Gesuche vortreten!"

Zwölfhundert Mann stehen angetreten, sechs Reihen auf der Steuerbordseite, sechs Reihen auf der Backbordseite des Schiffes. Die Gesichter sind bewegungslos geradeaus gerichtet. Ein leichter Wind spielt in den Mützenbändern.

Drüben über dem Ufer liegt ein erster roter Streifen.

Papendieck steht in der vordersten Reihe; er sieht über das graue Wasser weg, und er fühlt das Blut in seinen Schläfen hämmern. Der Mann hinter ihm gibt ihm einen leichten Stoß, der neben ihm sagt halblaut:

„Los Hannes, sag ihm Bescheid!"

Einen Moment zögert er noch. Dann gibt er sich einen Ruck, springt sechs Schritte vor und stellt sich vor seinen ersten Offizier hin. Gleich nach ihm lösen sich noch einige von der Front und stellen sich neben Papendieck auf.

„Nun, was wollen Sie?"

„Wir haben gestern für die Freilassung der Inhaftierten demonstriert, Herr Kapitän. Und da hat man auf uns geschossen!"

„Wer hat auf Sie geschossen?"

„Das Festungskommando hat auf uns schießen lassen, der Festungskommandant Kapitän zur See Heine!"

„Das kann nicht sein, das glaube ich einfach nicht!"

„Aber ich habe es doch selbst gesehen — mit Maschinengewehren, Herr Kapitän!"

Der Erste Offizier wendet sich dem Nächsten zu:

„Und was wollen Sie?"

„Wir verlangen Urlaubsdampfer, wir müssen sofort an Land!"

„Und Sie?"

„Wir verlangen Bestrafung des Festungskommandanten!"

„Wie denken Sie sich das eigentlich? — Einen Urlaubsdampfer — — an Land fahren?"

„Wir wollen mit dem Admiral sprechen!"

„Da haben Sie aber bitte den Dienstweg zu beschreiten! Was heißt überhaupt ‚Wir?' Das gibt es nicht! Jeder hat für sich allein zu sprechen!"

„So siehst du aus!"

„Das war einmal!"

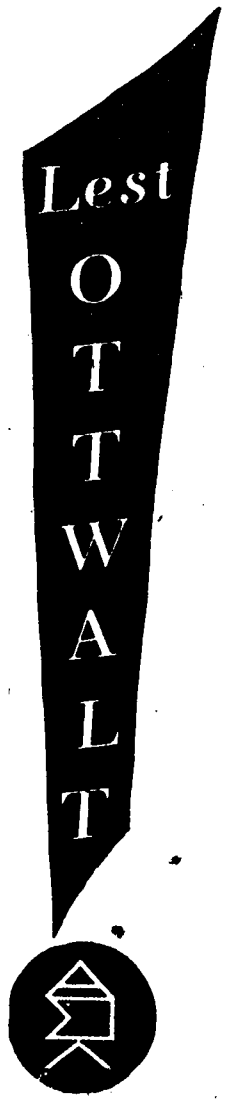
„Das war einmal!"

„Wir wollen an Land!"

„Die Gefangenen raus!"

Die Rufe kommen aus den Reihen der angetretenen Mannschaft. Durch die Front geht eine Bewegung. Die Ordnung löst sich auf. Die Menge schließt sich dichter um den Ersten Offizier.

Die Offiziere greifen in die Hosentaschen.



Lautes Johlen beantwortet diese Geste.

„Kameraden!" Der Erste Offizier wendet sich an die Mannschaft; gleichzeitig winkt er den Offizieren begütigend zu.

„Kameraden, die Angelegenheit wird untersucht werden!"

Wieder Johlen und Pfeifen und wieder Rufe:

„An Land!"

„Zum Admiral!"

„Ja — da müssen wir uns mit dem Land in Verbindung setzen und Instruktionen einholen. Herr Oberleutnant, signalisieren Sie an die Station!"

Der Erste Offizier wendet sich wieder der Mannschaft zu: „Kameraden! Rumschließen! Alle mal herhören: Ich lasse der Station von eurem Wunsch Mitteilung machen. In einer halben Stunde werde ich Antwort haben, so lange bitte ich euch, wegzutreten! Wegtreten!" Er dreht sich um und geht in die Kabine hinunter. Die Offiziere folgen. Auch die zurückgebliebene Mannschaft flutet wieder langsam nach vorn in die Räume zurück.

Noch ehe eine halbe Stunde vergangen ist, übermittelt der Scheinwerfer der Station die Antwort des Admirals: „Den Mannschaften sind Urlaubsdampfer bereitzustellen!"

Bootsmannspfeifen schrillen.

Die Bootsmaaten rufen aus:

„Beurlaubte sich klarmachen!"

„Urlaubskarten empfangen!"

„Beurlaubte — Musterung!"

Die wachfreien Matrosen und Heizer strömen das Fallreep hinunter, etwa fünfhundert Mann. Der wachhabende Leutnant, der die Leute vor dem Verlassen des Schiffes zu mustern hat, kommt zu spät. Er begegnet nur noch einigen hinterher klappenden Trupps. Bonczyk ist einer der letzten. Er war noch im Deck, um sich eine Marmeladenstulle zu holen. Der Leutnant hält ihn an:

„Haben Sie eine Urlaubskarte?"

„Jawohl, Herr Leutnant!"

(Fortsetzung folgt.)

Rückgang der Nazi-Stimmen im Wahlkreis Köln-Aachen.

Vormarsch der Arbeiterparteien.

Köln-Stadt: KPD 91 129 (66 625), SPD 75 411 (58 502), NS 100 519 (102 163).

Aachen-Land: KPD 25 958 (16 264), SPD 12 385 (6724), NS 13 685 (15 071).

Düren: KPD 8314 (5486), SPD 12 221 (6643) ! NS 7085 (7813).

Bonn-Stadt: KPD 6167 (4448), SPD 7538 (5685), NS 11 522 (12 552).

Bonn-Land: KPD 6134 (4523), SPD 6439 (4312), NS 9022 (9286).

Euskirchen: KPD 3195 (2489), SPD 4124 (2727), NS 5544 (5908).

Das Wurmrevier.

Eilendorf: KPD 1468 (939), SPD 301 (152) NS 671 (787), Zentrum 2544 (2551).

Alsdorf: KPD 1666 (890), SPD 668 (384), NS 834 (1027), Zentrum 1891 (1625).

Eschweiler: KPD 4664 (2798), SPD 2502 (1160), NS 2388 (2511), Zentrum 5127 (5719).

Baesweiler: KPD 1083 (980), SPD 281 (308), NS 513 (801), Zentrum 1346 (2040).

Merkstein: SPD 1839 (1241), KPD 509 (423), NS 493 (524), Zentrum 1240 (1087).

Haaren: KPD 1150 (776), SPD 202 (169), NS 234 (278), Zentrum 968 (909).

Würselen: KPD 1956 (1377), SPD 1227 (552), NS 1083 (1257), Zentrum 3576 (3168).

Linksrheinische Braunkohle.

Hürth: KPD 3673 (3331), SPD 2796 (2118), NS 1396 (1451), Zentrum 3901 (3587).

Brühl-Stadt: KPD 1062 (877), SPD 1012 (737), NS 761 (791), Zentrum 3084 (2957), SAP 51 (132).

Brühl-Land: KPD 1217 (969), SPD 1088 (682), NS 660 (762), Zentrum 3029 (3037).

Gleuel: KPD 883 (752), SPD 753 (633), NS 133 (146), Zentrum 627 (595), SAP 6 (12).

Horrem (Bürgermeisterei Sindorf): KPD 598 (484), SPD 692 (385), NS 396 (518), Zentrum 1188 (1141).

Frechen (ganz): KPD 2459 (2214), SPD 1618 (1131), NS 1273 (1439), Zentrum 2765 (3146).

Die Zahlen in Klammern sind die Ergebnisse der Landtagswahl 1932. H. D.

Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Die neu gewählte Reichstagsfraktion der KPD hat, besonders mit Rücksicht auf die Königsberger Attentate, die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert, um zu einer Reihe von Anträgen der Kommunisten Stellung zu nehmen. Die Fraktion hat beantragt, alle SS- und SA-Formationen zu verbieten und die Landesregierungen zu verpflichten, jede Einstellung von SS- oder SA-Leuten oder sonstigen Angehörigen der NSDAP als Hilfspolizisten rückgängig zu machen und für die Zukunft zu verbieten. Die kommunistische Fraktion habe weiterhin Mißtrauensanträge gegen den Reichskanzler von Papen, den Reichsinnenminister von Gayl und den Reichswehrminister Schleicher eingebracht, und verlange die sofortige Zurückziehung des Reichskommissars und der kommissarischen Regierung in Preußen. Ein besonderer Antrag der KPD-Fraktion fordert die Aufhebung der Papenschen Notverordnung vom 14. Juni.

Der neue thüringische Landtag tritt zum ersten Mal am 23. August zusammen.

Die Proklamierung des Faustrechts durch die Rechtsprechung.

Bei der zweiten Reichspräsidentenwahl waren vom Hindenburg-Ausschuß u. a. Flugblätter verteilt worden, die Adolf Hitler mit einem französischen General des Krieges von 1870 verglichen, der erklärt haben sollte, als Sieger oder überhaupt nicht zurückzukehren, trotzdem aber besiegt zurückgekehrt sei. In Verbindung hiermit wurde Hitler Feigheit vorgeworfen. Auf Anweisung ihres Ortsgruppenführers nahmen zwei Mitglieder der NSDAP einigen Schulknaben, die diese Flugblätter verteilten, unter Anwendung von Gewalt die Flugblätter weg. Darauf wurde gegen die beiden Nationalsozialisten ein Strafverfahren eingeleitet. Bei dessen Verfolgung wurden die Angeklagten in der Revisionsinstanz von dem Ferienstrafsenat des Oberlandesgerichts Celle freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, die beiden Nationalsozialisten hätten in der Notwehr gehandelt. Durch die Verteilung des Flugblattes habe ein gegenwärtiger, rechtswidriger Angriff auf Hitler vorgelegen. Von den zuständigen Landjägereibeamten hätten die Angeklagten Hilfe gegen die Verteilung des Flugblattes nicht rechtzeitig erlangen können. Es sei auch fraglich gewesen, ob ihnen diese Hilfe zuteil geworden wäre. Auf jeden Fall würde sie aber zu spät gekommen sein, da die Flugblätter dann bereits verteilt gewesen wären. Zur Abwehr des Angriffes sei die Wegnahme der Kampfblätter die einzig wirksame Gegenmaßnahme gewesen. Zu dieser Entscheidung ist zu beachten, daß Flugblätter, die lediglich eine *Partei* als solche angreifen, beschimpfen oder verleumden, keinen strafbaren Inhalt enthalten, und nicht zu obigem Vorgehen berechtigen. Wird dagegen ein *Führer* oder irgend ein anderes Mitglied einer Partei durch die Verteilung eines Flugblattes in gewisser Weise angegriffen oder beleidigt, so ist die Wegnahme des Flugblattes Notwehr. Voraussetzung ist immer, daß das Flugblatt auch wirklich verteilt wird, denn nur dann liegt ein gegenwärtiger, rechtswidriger Angriff vor. Die Verteiler eines solchen Flugblattes dürfen sich gegen eine Wegnahme der Flugblätter nicht wehren, weil eine Notwehr gegen Notwehr von der Rechtsprechung nicht anerkannt wird.

Diese Entscheidung ist nur eine von vielen, die auf eine Begünstigung nationalsozialistischer Gewalttätigkeiten hinauslaufen. Bisher war es nach der Rechtsprechung nicht erlaubt, daß eine Partei der anderen gewaltsam ihre Flugblätter wegnimmt, auch dann nicht, wenn in dem Flugblatt ehrenrührige Angriffe gegen den Führer der anderen Partei enthalten sind. Nach dem Gesetz besteht ja die Möglichkeit, daß der durch das Flugblatt Beleidigte gegen den verantwortlichen Redakteur des Flugblatts Strafantrag stellt, und daß er das Flugblatt durch Gerichtsbeschluß beschlagnahmen läßt. Die Ausführung des Beschlusses erfolgt durch die Polizei. Dies alles kann in der Zeit der Funkentelegraphie innerhalb weniger Stunden geschehen. Es entspricht der *Idee des Rechtsstaates*, daß nur die *Gerichte* darüber entscheiden, ob ein Flugblatt eine strafbare Beleidigung enthält, daß nur durch die *Polizei* als staatliche Einrichtung die Beschlagnahme von Flugblättern vollzogen wird. Dagegen ist es unvereinbar mit der Idee des Rechtsstaats, daß irgend ein politischer Führer, der sich durch ein gegnerisches Flugblatt beleidigt fühlt, *an Stelle* des Gerichts nun einfach darüber entscheidet, ob das Flugblatt verbreitet werden darf oder nicht, und daß er einfach durch seine Parteianhänger das Flugblatt den Gegnern gewaltsam wegnehmen läßt. Wenn es den politischen Parteien künftig gestattet ist, sich unter Berufung auf ein angebliches *Notwehrrecht* ohne Zuhilfenahme von Gericht und Polizei gegenseitig die Flugblätter zu entwenden, so bedeutet das praktisch eine *Anarchie der Rechtspflege* und der

Anerkennung des politischen Faustrechts.

Es ist klar, daß diese Praxis vor allem derjenigen Partei zugute kommt, die das politische Faustrecht für sich in Anspruch nimmt, nämlich der NSDAP. Ich möchte auch keinem Sozialisten raten, etwa einem Nationalsozialisten Flugblätter wegzunehmen, die beleidigende Angriffe gegen die Führer der Arbeiterparteien enthalten. Denn ich befürchte, daß er trotz des Urteils des Oberlandesgerichts Celle wegen Diebstahls und Nötigung verurteilt werden würde.

Kurt Labischin.

Reichsbahn um 120 000 cbm Oelgas betrogen.

Die Bremer Staatsanwaltschaft beschäftigt sich zur Zeit mit einem raffiniert durchgeführten Betrug im Reichsbahn-Oelgaswerk in Bremen, das von der Pintsch A. G., Berlin, betrieben wird. Vor mehreren Jahren hatte die Firma das Werk umbauen lassen. Seit dieser Zeit hat der Gasmeister Duffner durch Maßnahmen am Uhrwerk der Gasanlage die Reichsbahn um Zehntausende von Kubikmetern Gas betrogen. Der Schaden wird auf mindestens 100 000 Mark beziffert.

Das Erdöl wird vergast und durch eine Kontrolluhr geschickt. Alle Gasmengen, die die Uhr passiert haben, gehören der Reichsbahn, die die Mengen bezahlt. Da der Umsatz des Werkes stark zurückgegangen war, kam Duffner auf den Gedanken, die Uhr des Werkes in einem für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes günstigen Sinn zu regeln. Seit 1927 schädigte Duffner die Reichsbahn auf diese Weise. 1931 wurde dann die Uhr plombiert, so daß weitere Machenschaften an dieser Kontrolle aufgefallen wären. Deshalb griff der Gasmeister zu einem anderen Verfahren. Er stellte durch Einschaltung eines Füllschlauches in der Leitung zwischen dem Kesselwagen der Reichsbahn einen Kreislauf des Gases her, das auf diese Weise zweimal durch die Uhr lief. Im Untersuchungsgefängnis hat Duffner zugegeben, 57 000 cbm doppelt durch die Kontrolluhr geschickt zu haben. Durch weitere Eingriffe bei der Gaslieferung sind außerdem mindestens 60 000 cbm Gas zum Schaden der Reichsbahn verlorengegangen.

Sie suchen ihre nächste „Kampfaufgabe“, die „Demokraten“ um Hitler: jetzt wollen sie es noch einmal mit einem Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags versuchen. Erst vor vier Wochen wurde ein derartiger Antrag abgelehnt. Nach dem Wahlergebnis, das in Sachsen am Sonntag erzielt wurde, meinen jedoch die Nazis, in einem neuen Landtag eine rechtsgerichtete Regierungsmehrheit zu bekommen.

Auch eine Stimme zur Wahl: „Aus dem gestrigen Ergebnis geht klar hervor, daß die Juden in erster Linie zum Zentrum abgewandert sind . . .“ (NS-Sonntagspost in Frankfurt-Main, vom 1. August.)

Im neuen Reichstag werden nur noch die Fraktionsführer und Sachbearbeiter mit den Pultdeckeln klappern können; denn nur noch in der ersten Sitzreihe werden die Pulte erhalten bleiben. Im übrigen werden sie abmontiert, um für die um 30 vergrößerte Zahl der Abgeordneten Platz zu schaffen.

Wahlstimmung in einer Mittelstadt.

F. Sch. Die Wahlpropaganda der Arbeiterparteien richtete sich diesmal erfreulicherweise besonders gegen die Nazis. Während man sich bisher noch gegenseitig die Plakate zuklebte, hingen diesmal SP- und KP-Plakate friedlich neben oder über einander. Plakate, in denen man sich gegenseitig als Verräter und Schuft bezeichnete, fehlten diesmal vollkommen, wenngleich dieses Gebot der Stunde in Flugblättern und Versammlungen nicht immer respektiert wurde. Größtes Aufsehen rief ein Plakat der SP auf dem größten Platz der Stadt hervor, auf dem zu lesen war: „Hitler, der Judas, verspricht alles und betrügt alles.“ Das war den Nazis eine bittere Pille, zumal Hunderte von Menschen stets vor dieser Bretterwand standen. Sie schworen Rache. Mit einigen gefüllten Tintenfässern wurden die Inschriften beschmutzt, was die Plakate erfreulicherweise noch wirkungsvoller machte. Außer dem Reichsbannerschutz sah sich schließlich die Polizei genötigt, 33 Beamte zum Schutz dieses Plakates aufzubieten.

Die Nazis hatten ihre Propaganda hauptsächlich in die Arbeiterviertel verlegt, da sie die bürgerlichen Stimmen aufgesaugt hatten. Auf großen Bretterwänden konnte man lesen: „Hitler überwindet alles! Auch die deutsche Not! Darum Liste 2.“ Eine Bretterwand der Nazis wurde in einer Nacht von den Arbeitern abgesägt, die Bretter einzeln abgerissen und ordentlich aufgestapelt.

Von den Wahlversammlungen ist eine Scheidemann-Versammlung am Vorabend der Wahl erwähnenswert. Zur Frage, ob es richtig war, daß die Gewerkschaften und die SP bei den Ereignissen der letzten Woche „Ruhe“ bewahrt haben, sagte Scheidemann: „Es war richtig, Ruhe zu bewahren, denn wir sind nicht nur Sozialisten, sondern auch gute Demokraten, als welche wir erst alle demokratischen Rechte ausnutzen werden.“ Wenn diese demokratischen Mittel erschöpft sind und den Arbeitern das Messer an der Gurgel sitzt, dann soll nach Scheidemann das Proletariat auf seine Peiniger draufgehen, daß die Fetzen fliegen. Was dann im einzelnen zu geschehen habe, könne man nicht an diesem Versammlungsort sagen, man solle auf die Führer in Berlin vertrauen.

Ein gutes Bild über die wirkliche Stimmung unter der Arbeiterschaft:

In einem Arbeiterviertel sammelten sich an einem Tage überall Menschen an. Alles schaute neugierig zum Fenster hinaus. Was ist passiert? Plötzlich sahen wir, daß der Nachbar H. eine Hakenkreuzfahne gehißt hatte. Das war eine Herausforderung der Arbeiterschaft. Empörte Rufe fielen. Einige Arbeiter wollten die Fahne in der Nacht herunter holen. Aber der Nazi zog bei Dunkelwerden sein Banner ein. An einem der folgenden Tage hingen zwei Hakenkreuzfahnen am selben Hause. Das war den Proleten zu viel. Ihre Antwort sah so aus: Am nächsten Morgen wehten überall in den Fenstern, und auf den Häusern die Freiheitsfahnen der Eisernen Front. Eine freudige Stimmung durchlief die Einwohner. Wir sind doch stärker! Für den nächsten Nachmittag hatte man noch eine besondere Ueberraschung. Um 7 Uhr abends trafen sich Sozialdemokraten und Kommunisten auf der Bleiche eines Genossen. Eine große rote Fahne mit den 3 Pfeilen war geholt. Einige Genossen hielten eine kurze Ansprache und dann ging es in Form eines Spazierganges direkt vor das Haus des Nazis. Dem Besitzer fiel das Herz in die Hose. Er schloß alle Türen ab. Aber die Arbeiter wollten gar nicht zu ihm. Auf der anderen Seite stand ja auch noch ein Haus. Aus einer Dachluke wurde die Fahne herausgehängt und unter den begeisterten Rufen der Menge befestigt. Die Arbeiter gingen dann ruhig nach Hause. Nur die Kinder blieben und bestaunten die Freiheits- und die Hakenkreuzfahnen. Plötzlich schreien sie: Das Ueberfallkommando kommt. Im selben Augenblick raste der Wagen heran. Die Bewohner kommen alle mit fragenden Gesichtern aus den Häusern. Drei Beamte steigen aus und gehen in das Haus des Nazis. Am Auto sammelten sich immer mehr Menschen an und einer erzählt, der Nazi habe Angst bekommen und in seiner Bedrängnis das Ueberfallkommando gerufen. Nun brachen überall Hohn- und Spottrufe aus und selbst die Polizei mußte lachen.

Um so bedauerlicher war es, daß neulich in den beiden Wahlversammlungen der KP die Referenten nichts Besseres zu tun wußten, als hauptsächlich über die SPD herzuziehen.

Immerhin nahm die zweite dieser Versammlungen einen von dem Referenten wohl nicht erwarteten, jedoch erfreulichen Ausgang. Nachdem die Tiraden gegen die SPD beendet waren, meldete sich sofort der örtliche Vorsitzende der SPD zu Worte. Er lehnte es ausdrücklich ab, auf die Herausforderungen des Referenten einzugehen und richtete an die Versammlung die Aufforderung, sich durch die Rede nicht die in Steinau praktisch bestehende Einheitsfront zerstören zu lassen.

Hierauf unterstrich ein Genosse vom ISK die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners und wies auf die unbedingte Notwendigkeit hin, zunächst einmal die parteipolitischen Streitereien innerhalb des Proletariats zurückzustellen, um mit vereinter Kraft gegen den Faschismus ziehen zu können.

Als letzter Diskussionsredner betonte noch ein KP-Genosse, der bis vor kurzem Vorsitzender der KP in Steinau war, daß man mit Reden, wie sie der Referent vortrug, die Einheitsfront nicht verwirklichen könne. An Hand verschiedener Zitate aus dem „Funken“ wies auch er nach, wie dringend notwendig es sei, daß KP-, SP- und alle anderen Genossen zu vereinter Abwehr des Faschismus zusammenstehen.

Die Tatsache, daß Genossen aller in Steinau vertretenen proletarischen Richtungen einheitlich für eine ernsthafte Einheitsfront eintraten,

nötigte den Referenten, in seinem Schlußwort ganz andere Töne anzuschlagen, als man sie in seiner Rede von ihm vernommen hatte. Nun führte auch er aus, wie dringend notwendig ein Zusammengehen aller Proletarier sei, und empfahl sogar, sofort einen Aktionsausschuß aus Vertretern der verschiedenen Richtungen zu bilden.

Der Verlauf dieser Versammlung, die mit dem gemeinsamen Gesang: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ schloß, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie die Proletarier aller Richtungen durch gemeinsamen Druck auf ihre Führer diese zur Vernunft bringen können.

Der Druck von unten.

H. Lm. In Steinau, einem kleinen Städtchen in Hessen-Nassau, waren die verschiedenen Arbeiter-Organisationen dank ihrer vernünftigen Führung in letzter Zeit, wenn es darauf ankam, zusammengegangen, ohne daß es besonderer Vereinbarung bedurft hätte.

Beaufsichtigung des Religionsunterrichts.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Laufe des letzten Winters ist die Frage, in welcher Form die Interessen der evangelischen Landeskirchen Preußens an der Erteilung des Religionsunterrichts im Rahmen des Artikel 149 Absatz 1 der Reichsverfassung gewahrt werden sollten, erneut lebhaft erörtert worden. Die Verhandlungen hierüber waren in wiederholten gemeinsamen Beratungen zwischen dem Unterrichtsministerium, den Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrats und den hauptsächlichsten evangelischen Lehrerverbänden vor den Wahlen zum Preußischen Landtag soweit gefördert worden, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses schon damals allgemein erwartet wurde.

Nach abermaliger Prüfung der gesamten Lage hat sich die Staatsregierung nunmehr zur unveränderten Bekanntgabe der damals festgestellten Grundsätze entschlossen. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen wird danach

den preußischen evangelischen Landeskirchen die Möglichkeit geboten, durch Beauftragte, in der Regel staatliche Schulaufsichtsbeamte, ausnahmsweise Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genießen, den Religionsunterricht besuchen zu lassen.

*

Die Forderung, den Religionsunterricht beaufsichtigen zu lassen, halten auch wir für berechtigt, freilich aus einem andern Grunde als die Evangelischen, die sich auf Artikel 149 Absatz 1 berufen, wonach der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werden soll.

Wenn nach Artikel 142, dem einleitenden Artikel der Reichsverfassung zu dem Abschnitt: „Bildung und Schule", die „Wissenschaft und ihre Lehre frei sein sollen", so bedürfen sie in den Religionsstunden, die sich nach andern Maßstäben als denen der Wissenschaft richten, eines besonderen Schutzes. Jede Aufsicht ist freilich nur ein Kompromiß; gesichert wäre die Freiheit der Wissenschaft erst, wenn dieser Unterricht gänzlich von der Bildfläche verschwände.

Zwei dreiste Raubüberfälle.

Am Dienstag wurde ein dreister Raubüberfall auf ein Personenauto des städtischen Wohlfahrtsamtes, mit dem Gelder nach der Wohlfahrtskreisstelle in Köln-Bickendorf gebracht wurden, verübt. Als das Auto vor dem Tor zum Hof der Kreisstelle anhielt und eben der Kassierer und eine Begleitperson das Auto verlassen hatten, sprangen drei Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren hinzu, bedrohten die beiden Beamten mit dem Revolver und entrissen ihnen die Aktentasche mit dem Gelde. Während zwei der Burschen die unbewaffneten Beamten mit den Revolvern in Schach hielten, zwang der dritte den Chauffeur zum Verlassen des Wagens, worauf die Räuber mit dem Auto davonfuhren. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung konnten die Täter entkommen. Die geraubte Summe beläuft sich auf nahezu 4000 Mark.

Die Krisenwirkung auf den ADGB im Jahre 1931.

F. G. Die „Gewerkschafts-Zeitung" bringt in ihrer Nummer 31 einige Angaben über den Stand der freien Gewerkschaften aus dem demnächst erscheinenden Jahrbuch des ADGB für das Jahr 1931. Danach hatten die im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften Ende 1931 4 134 902 Mitglieder; darunter 570 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,3 Prozent gegenüber 4,7 im Jahre 1930. Der Rückgang ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden, wie folgende Tabelle zeigt:

Verbände	Mitglieder am Ende des Jahres 1930	1931	Rückgang in Prozenten
Baugewerksbund	492 808	390 306	17,9
Bekleidungsarbeiter	68 581	56 347	17,8
Bergbauindustriearbeiter	190 855	164 188	14,0
Buchbinder	54 795	49 485	9,7
Buchdrucker	90 389	88 436	2,2
Eisenbahner	240 410	203 518	15,3
Fabrikarbeiter	441 292	386 982	12,3
Friseurgehilfen	3 952	3 219	17,8
Gesamtverband d. Arbeitn. d. öffentl. Betriebe und des Verkehrs	673 375	618 392	8,2
Graphische Hilfsarbeiter	38 985	34 739	10,9
Holzarbeiter	299 924	269 142	10,3
Hotel-, Restaurant- u. Café-Angestellte	30 290	27 503	9,2
Hutarbeiter	16 740	15 228	9,0
Kupferschmiede	6 778	5 763	15,0
Landarbeiter	165 505	131 286	20,7
Lederarbeiter	34 236	31 426	8,2
Lithographen	24 787	23 879	3,7
Maler	57 894	51 562	10,9
Maschinisten	50 836	38 275	24,7
Melker	13 000	12 807	1,5
Metallarbeiter	940 578	826 864	12,1
Musiker	19 265	15 617	18,9
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	174 469	156 950	10,0
Sattler, Tapezierer und Portefeuiller	28 321	23 907	15,6
Schornsteinfeger	3 172	3 307	
Schuhmacher	65 902	59 917	9,1
Steinarbeiter	56 635	44 402	21,6
Tabakarbeiter	72 543	60 721	16,3
Textilarbeiter	276 574	246 296	10,9
Zimmerer	103 678	94 408	8,9
Zusammen	4 716 569	4 134 902	Durchschnitt 12,3

Bedauerlicher Weise — wegen der besonderen Bedeutung, die ihnen zukommt — ist der Rückgang bei den Eisenbahnern und den Maschinisten besonders groß.

Gemessen daran, daß die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1931 fast 40 Prozent betrug, kann man sagen, daß der Kern der Mitgliedermassen erhalten geblieben ist.

Einnahmen und Ausgaben.

Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederrückgang ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 Mark um 47 349 093 Mark und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 Mark um 25 561 313 Mark niedriger als im Vorjahr.

Im einzelnen gestalteten sich die Einnahmen im Vergleich mit denen des Jahres 1930 wie folgt:

	1930 Mark.	1931 Mark
Eintrittsgelder	325 670	165 518
Verbandsbeiträge	173 391 574	131 506 154
Oertliche Beiträge	36 349 964	27 253 606
Extrabeiträge	2 100 084	4 458 732
Zinsen	7 235 656	6 525 232
Sonstige Einnahmen	12 252 356	14 396 969

Die Ausgaben betrugen für:

	1930 Mark	1931 Mark
Unterstützungen	123 522 713	109 888 848
Arbeitskämpfe	9 887 447	10 595 741
Presse und Bildungszwecke	13 957 587	11 224 661
Agitation und Organisation	22 919 738	18 954 603
Sonstiges	10 045 131	11 526 718
Verwaltung	60 849 775	53 430 507

An Extrabeiträgen zur Unterstützung der durch lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen und Kolleginnen wurden aufgebracht 4 458 732 Mark. Das sind rund 2 Mark pro arbeitendes Mitglied im Jahr. Obgleich dies doppelt so viel ist wie im Jahre 1930, ist es doch verhältnismäßig wenig.

Gewerkschaftshäuser wurden von den Ortsausschüssen des ADGB 166 unterhalten gegenüber 167 im Jahre 1930. Davon waren 145 Eigentum und 21 Miet- oder Pachträume.

Am Dienstag wurde auf die Filiale der Hauptsparkasse der Niederlausitz in Straupitz ein schwerer Raubüberfall verübt. Drei bisher nicht bekannte Männer drangen in den Kassenraum ein, als sich der Kassierer allein dort aufhielt. Sie stürzten sich auf den Kassierer und fesselten ihn. Dann machten sie sich daran, den Kassenschrank auszuplündern, in dem sich 1800 Mark befanden. Als plötzlich ein Kunde den Kassenraum betrat, gaben sie auf diesen einen Schuß ab. Der Kunde floh und alarmierte sofort die Bevölkerung, die die Verfolgung der fliehenden Einbrecher aufnahm. Bereits nach 30 Minuten gelang es, einen von den drei Tätern festzunehmen. Das Geld hatten die fliehenden Einbrecher zum Teil auf der Straße verloren, eine größere Summe konnte nicht gestohlen werden.

Unternehmerherrschaft in Polen.

L. G. In Polen findet zur Zeit ein radikaler Abbau von Löhnen und Tarifverträgen statt. Die Schwerindustrie machte den Anfang: sie senkte die Bergarbeiterlöhne ab 1. Februar 1932 um 8—10 Prozent. In der Eisenhüttenindustrie gingen die Löhne um 10—14 Prozent und in dem Bialystocker Textilgebiet sogar um 10—20 Prozent herunter. Im Bielitzer Textilgebiet, in dem es der Arbeiterschaft schon ganz besonders schlecht geht, konnten die Unternehmer den Arbeitern kampflos ihre Forderungen diktieren.

Das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer führt zu einer Zunahme von Arbeitskämpfen. Kleinere Streiks finden fast täglich in Ostoberschlesien wegen Stillegungen, Veränderungen der Arbeitsbedingungen und verspäteten Lohnzahlungen statt. Auch in der Lodzer Konfektionsindustrie löst seit Wochen ein Streik den anderen ab. Im kongreßpolnischen Textilgebiet gehen die Angriffe der Unternehmer nicht nur gegen die Lohnsätze, sondern sie wollen die Tarifverträge überhaupt beseitigen. In der Erdölindustrie haben die Unternehmer den Tarifvertrag gekündigt. Die Gewerkschaften haben daraufhin erklärt, daß sie jeglichen Abbau von Lohn- und Tarifverträgen mit Streik begegnen würden.

Im allgemeinen sind die Gewerkschaften zurückhaltend in der Aufforderung zum Streik. Ihre Kassen sind durch die großen Streiks der Grubenarbeiter in Krakau-Dombrowa und der Textilarbeiter in Bialystock stark zusammengeschmolzen. An dem Prinzip der Tarifverträge und an den Rechten der Arbeiterschaft aus der Sozialgesetzgebung halten sie aber fest und sind — wie wir bei der Erdölindustrie sehen — bei Verletzung dieser Arbeiterrechte zum Streik bereit. Die Form der Streiks ist häufig der

„italienische" Streik, bei dem die Belegschaft den stillgelegten Betrieb besetzt.

Im allgemeinen stehen die Rechte der Arbeiterschaft fast nur noch auf dem Papier. In Ostoberschlesien ist bis 1937 das deutsche Demobilmachungsgesetz maßgebend, nach dem die Regierung befugt ist, durch ihre untergeordneten Behörden verbindliche Schiedssprüche zu fällen. Daß bei Schiedssprüchen, die Vertreter kapitalistischer Staaten fällen, die Unternehmer die Gewinnenden sind, steht außer Zweifel.

In einer besonders brutalen Weise geht die Leitung der Porzellanfabrik Giesche A.-G. vor. Sie ist aus ihrem Arbeitgeberverband ausgetreten und hat darauf ihren Arbeitern angekündigt, sie würden nur dann weiterbeschäftigt werden, wenn sie sich schriftlich verpflichteten, auf alle Ansprüche auf die Entrichtung von Sozialfürsorgeabgaben durch das Unternehmen zu verzichten.

Der kongreßpolnische Industrieverband „Leviathan" hat der Regierung bereits im Oktober eine Denkschrift unterbreitet, in der er folgende Forderungen aufstellt: Verlängerung der Arbeitswoche von 46 auf 48 Stunden, Verkürzung des bezahlten Arbeitsurlaubs auf 2 bis 6 Tage, Abbau der Ueberstundenlöhne auf die Hälfte. Die im Zentralverband der polnischen Industrie zusammengeschlossene Unternehmerschaft der größeren Industrien Polens hat diese Denkschrift nunmehr zu ihrem Programm erhoben. Einen Teil dieser Forderungen wollte die Regierung in die von ihr ausgearbeitete Vorlage über eine Reform der Sozialgesetzgebung aufnehmen. Ein eintägiger Proteststreik der Arbeiterschaft konnte dies bis jetzt verhindern.

Um dieses Programm wird in den kommenden Monaten die Hauptschlacht in dem Kampfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Polen geschlagen werden.

Die Volksrechtpartei hat ein Reichstagsmandat bekommen auf Grund einer Reichslistenverbindung mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstraße 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

MAGDEBURG
Naturreiner, echter
Bienenhonig
10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel • Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, II. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 29. Juli: G. W. Pabst
Westfront 1918
(Vier von der Infanterie).
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.
Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.
Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Ignaz Seipel.

Geboren 19. Juli 1876, gestorben 2. August 1932.

Als Ignaz Seipel im Jahre 1922 österreichischer Kanzler wurde, geschah es seit Jahrhunderten zum ersten Mal wieder, daß ein katholischer Priester die Führung der Regierungsgeschäfte übernahm. Das Priestertum dieses Kanzlers ist charakteristisch für die wesentlichen Züge seiner Politik: Seipel hat sich in allen entscheidenden Schritten in erster Linie als Katholik erwiesen, der dem Papst verantwortlich ist und für den die Interessen der Kirche allen anderen Ansprüchen übergeordnet sind.

Seipels Verhältnis zur österreichischen Sozialdemokratie, die sich stärker als ihre deutsche Bruderpartei der Unvereinbarkeit von Kirche und Sozialismus bewußt ist, war daher vom ersten Tag seines öffentlichen Auftretens an das eines erbitterten Kampfes. Das Bündnis zwischen Zentrum und SPD hat in Oesterreich keine Nachahmung gefunden. Seipel kannte Sozialisten gegenüber keine Nachgiebigkeit. Unter seiner Kanzlerschaft — er stand damals zum dritten Mal einem österreichischen Kabinett vor — und unter der von ihm ausgegebenen Parole „Keine Milde" wurde im Sommer 1927 der Sturm auf den Justizpalast in Wien durch Polizeiterror zurückgeschlagen und gerächt.

Als Funktionär der internationalen katholischen Kirche war Seipel — im Gegensatz zu seinem deutschen Kollegen und Glaubensgenossen Brüning — von nationalistischen Ideen frei. Er und die von ihm geführte Christlichsoziale Partei haben sich an der Propaganda des deutsch-österreichischen Anschlusses nie beteiligt; ja, sie haben sie bekämpft: Das kleine katholische Oesterreich bildet für die katholische Kirche einen besseren Rückhalt, wenn es politisch selbständig ist, als wenn es in Abhängigkeit von dem weit größeren und zum erheblichen Teil nicht katholischen Deutschland gerät. Es lag darum auch ganz in der Linie der Seipelschen Politik, daß eine seiner ersten Kanzlertaten die Vorbereitung und Unterzeichnung des gerade in diesen Wochen so berüchtigten Genfer Protokolls war, wodurch er Oesterreich einerseits die Anleihe verschaffte, die es zur Sanierung seiner Finanzen brauchte, und wodurch er andererseits die Forderung des Völkerbundes anerkannte, der den deutsch-österreichischen Anschluß verbot.

Noch ein Beispiel für die Orientierung Seipels an der Idee der die Welt beherrschenden katholischen Kirche: seine Politik Italien und Mussolini gegenüber, die solange und nur solange ablehnend und feindlich war, wie Mussolini mit dem Papst in Feindschaft lebte. Nach dem Abschluß der Lateranverträge begann Seipel die Beziehungen Oesterreichs zu Italien positiv in seine politischen Pläne einzusetzen und dem Faschismus wohlwollend gegenüberzustehen.

Der Tod Seipels hat dem jetzigen Kanzler Dollfuß das Leben gerettet. Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde am Dienstag nachmittag mit Stimmengleichheit abgelehnt. Hätte sich der Nachfolger Seipels im Nationalrat noch nicht an der Abstimmung beteiligen können, so hätte auf Seiten der Christlich-Sozialen die Stimme des kranken Seipel gefehlt — und die Regierung wäre unterlegen.

Der abtrünnige Renner.

Eine seltsame Rolle hat bei der Abstimmung über diesen Mißtrauensantrag der Präsident des Nationalrats, der Sozialdemokrat Renner, gespielt. Offiziell wird nur mitgeteilt, daß er sich an der Abstimmung nicht beteiligt habe, obgleich er das Recht dazu gehabt hätte. Die Sozialdemokraten haben bei dieser Abstimmung auf der Seite der Großdeutschen gegen die Regierung und damit gegen die Unterzeichnung des Lausanner Abkommens gestimmt. Wenn Renner seine Stimme abgegeben hätte, so wäre die Regierung mit einer Stimme unterlegen. Hat Renner diesen Schritt im Einverständnis mit seiner Partei vollzogen, um die Annahme des Vertrages zu ermöglichen — das Verhalten der Partei zu Renner wird darauf eine Antwort geben —, oder ist er für sich allein aus der Reihe gesprungen?

Seine Rede, die er als Präsident des Nationalrats bei der Trauerfeier für Seipel gehalten hat, zeigte eine Anteilnahme und Wertschätzung des verstorbenen leidenschaftlichen Gegners der Sozialdemokratie, die die Grenze dessen, was er amtlich zu sagen hatte, überschritt. „Sichtlich ergriffen", wie die „Germania" meldet, sprach er über die überragenden Fähigkeiten Seipels. Er erklärte ihn nicht nur für einen vorbildlichen Parteimann; Seipel ist in den Augen des Sozialdemokraten Renner auch „ein vorbildlicher Staatsmann" gewesen. Es sei tragisch, daß dieser Führer der Christlich-Sozialen so früh „abberufen" wurde, tragisch für seine Partei, für das öffentliche Leben, für die Volksvertretung (also auch für die SPOe?) und für den Staat. Wir meinen, es ist tragisch für die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, einen Renner immer noch in ihren Reihen zu haben.

Proteste ohne Taten / Komödie im Reichsrat.

Ueber die Reichsratssitzung vom Dienstag unterrichtet nahezu erschöpfend folgender Abschnitt eines Berichts in der „Germania":

„Der gestrigen Sitzung *gingen*, wie wir hören, Besprechungen mit der Reichsregierung *vorauf*, an denen von seiten der Reichsregierung der Reichskanzler, Minister von Gayl und Dr. Bracht teilnahmen. Es wurde mitgeteilt, daß für den Fall des Erscheinens der vom Reichskommissar für Preußen instruierten neuen preußischen Bevollmächtigten auch die früheren Vertreter Preußens in der Reichsratssitzung erscheinen würden. Es wurde dann eine Vereinbarung erzielt, dahingehend, daß die Reichsregierung keinen Vertreter in die Reichsratssitzung entsandte, und so wurde die gestrige Plenarsitzung überhaupt erst möglich. Weiter wurde vereinbart, daß sich die Länder und Provinzen, die grundsätzlich die Einsetzung eines Reichskommissars bekämpfen, *auf die Abgabe von Erklärungen beschränken sollten*, in denen sie ihren Rechtsstandpunkt wahrten. Von seiten der Reichsregierung wurde außerdem zugesagt, daß das Material über das Eingreifen in Preußen schnellstens dem Staatsgerichtshof zugeleitet würde und daß das Urteil in der strittigen Frage ebenfalls auf schnellstem Wege herbeigeführt werden solle."

Die vereinbarten Erklärungen wurden also am Dienstag von den Ländervertretern abgegeben, auch die Vertreter preußischer Provinzen gaben ähnliche Erklärungen ab. Dann wurden einige Beschlüsse gefaßt über Ernennungen neuer Beamter im Reichsgericht und in einigen Verwaltungsräten und über die Handelsklassen für Getreide. Den Vorsitz führte von Gayl.

Die nichtpreußischen Länder werden sich also allem Anschein nach mit den durch Papen geschaffenen Verhältnissen in Preußen abfinden. Ihre Worte sagen nur, daß sie das nicht ohne einen Ausdruck der Mißbilligung tun wollen. Denn von einem kraftvollen Protest kann man doch nicht reden, wenn die Protestanten zwar, wie das am deutlichsten der bayerische Vertreter tat, ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, „daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrats der Reichsverfassung nicht entspricht", wenn sie aber gleichwohl an den Sitzungen dieser von ihnen für illegal gehaltenen Körperschaft teilnehmen.

Die Reichsregierung hat mit dem Verzicht auf die Entsendung eines Vertreters für Preußen zugestanden, daß die Frage, wer der rechtmäßige Vertreter Preußens im Reichsrat ist, bis zu dem endgültigen Urteil des Staatsgerichtshofs ungeklärt bleibt.

Die sabotierenden Ausschußvorsitzenden.

Frick wiederholt das Schauspiel, das neulich Straßer bot, der die Einberufung des Ueberwachungsausschusses sabotierte. Bei Frick handelt es sich um den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, dessen Vorsitz er führt. Frick hat den Kommunisten mitgeteilt, daß er ihrem Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses nicht entsprechen werde, da der alte Reichstag nicht mehr „den Willen des Volkes" vertrete.

Die Kommunisten wollen versuchen, trotzdem die Einberufung durchzusetzen. Sie haben dabei den Artikel 35 der Reichsverfassung für sich:

„Der Reichstag bestellt einen ständigen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der auch außerhalb der Tagung des Reichstags und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags bis zum *Zusammentritt* des neuen Reichstags tätig werden kann. . . ."

Dollfuß antwortet den Großdeutschen.

Bei der Abstimmungssitzung des österreichischen Nationalrats, in der der Mißtrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, forderte ein Vertreter der Großdeutschen die Regierung auf, zu den Angriffen des Christlich-Sozialen Kunschak Stellung zu nehmen. Kunschak hatte behauptet, die deutsche Reichsregierung habe die Emissäre, die in Oesterreich nationalsozialistische Propaganda trieben, selber entsandt. Dollfuß erwiderte, daß die Aeußerungen Kunschaks weder so zu verstehen gewesen seien, noch daß er sie so verstanden habe. Kunschak habe nur das Ersuchen an die deutsche Regierung gestellt, die Emissäre zurückzuziehen („die Fanghunde zurückzupfeifen und sie an die Kette zu legen"). Das Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen sei nach wie vor ein herzlich freundschaftliches. — Ein Urteil, das bei der Bereitschaft der österreichischen Regierung, das Lausanner Protokoll zu ratifizieren und damit den Anschluß an Deutschland für weitere zehn Jahre ungesetzlich zu machen, sicher eine bloße Höflichkeitsformel ist.

Ein Nazi im Einheitsgewand.

Der nationalsozialistische Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Granzow, erläßt an die mecklenburgische Bevölkerung folgende Aufforderung:

„In der letzten Woche des Wahlkampfes hat der Streit der Parteien in Zeitungen wie im Flugblatt sehr unerfreuliche Formen angenommen. Bei der Kritik dieser Methoden des ‚geistigen' Kampfes habe ich als Vertreter der Staatsregierung größte Zurückhaltung geübt. Nachdem die Wahl stattgefunden hat, halte ich mich für verpflichtet, die Leiter der Presse und Führer der Parteien aufzufordern, diese Art der Berichterstattung einzustellen. Wer sich in so schwerer Zeit nicht zur Volksgemeinschaft aller Deutschen bekennt und es ablehnt, der Eintracht zu dienen, gibt damit zu erkennen, daß er Gegner des Friedens und Feind des Staates ist. Er muß die Folgen eines solchen Verhaltens auf sich nehmen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander finden wir allein den Weg zur Rettung aller Stände und Berufe. Alle verantwortungsbewußten Staatsbürger rufe ich zur ernsten Mitarbeit auf."

Solange Herr Granzow nicht seine eigenen Pg. vor allem den wüstesten und hysterischsten Randaleur: Herrn Goebbels, dazu bringt, eine einigermaßen kultivierte Sprache zu sprechen, soll er uns mit seinen Herzensergüssen vom Leibe bleiben.

Die Stadt Bielefeld wandte für 15 Trinkerfamilien in den Jahren 1913 bis 1931 46 563 Mark auf, auf eine der Familien kamen allein 10 650 Mark! Bielefeld betreut jedoch nicht 15 Trinkerfamilien, sondern im Jahre 1931 deren 469!

„Wie würde ein neuer Krieg aussehen?"

Die Interparlamentarische Union, die seit mehr als vierzig Jahren im Dienste des Friedensgedankens und der internationalen Gemeinschaftsarbeit tätig ist, hat Erhebungen angestellt über den voraussichtlichen Charakter künftiger Kriege. Das Wort haben Fachleute von Ansehen: Militärs, Oekonomen, Finanzmänner, Staatsmänner, Juristen, Forscher aus den verschiedensten Staaten.

Besonders eindrucksvoll ist natürlich, wie die Kriegs-Fachmänner, die Soldaten der verschiedenen Länder, über die zukünftigen Kriege urteilen. Sie alle sind der Ansicht, daß Einzelkriege sofort zu Weltkriegen werden müssen angesichts der Abhängigkeit der Staaten voneinander. Solange die Staaten sich nicht zu einem radikalen Verzicht auf die kriegerische Lösung ihrer Konflikte entschließen, sehen die Offiziere angesichts der täglich sich vervollkommenden Kriegstechnik keinen anderen Ausweg als fieberhaftes Wettrüsten. Wer von den Staaten heutzutage auch nur etwas Aussicht auf Ueberlegenheit haben will, der muß ein Heerlager von höchster Alarmbereitschaft sein. Die Technik der Länder, ihre Wirtschaft, Rechtsprechung, Kultur, Erziehung, alles wird sich zweckmäßiger Weise an dem drohenden Gespenst des Krieges orientieren. Im Grunde ist schon im Frieden jeder Staatsbürger Soldat, wieviel mehr im Kriege! Der verbrecherische Wahnsinn des Satzes: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor", tritt unverhüllt zu Tage aus diesen nüchtern kalkulierten, nur von militärischer Notwendigkeit geleiteten Forderungen.

Wie borniert es ist, zu glauben, die Parlamente — und durch sie das souveräne Volk — hätten die Bestimmung über Krieg und Frieden, zeigt Francis Delaisi, Professor an der Freien Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris, in seinem Aufsatz: „Die internationale Verflechtung der Kriegsindustrie." Er bringt ziemlich unbekannte Tatsachen über einen schwunghaften Waffenhandel zwischen den „feindlichen" Mächten im vergangenen Weltkrieg. Damit dieser nicht aus Mangel an Material ohne Entscheidung im Sande verlief, haben danach z. B. Deutschland und Frankreich sich gegenseitig über die neutrale (!) Schweiz fehlende Stoffe: „Zündmagnete", Bauxit, Zyanamid geliefert. Aehnliche gegenseitige Munitionsergänzungen haben zwischen England und Deutschland über Dänemark stattgefunden.

Aber auch die Regierungen sind nicht immer die eigentlichen Herren über Krieg und Frieden. „Ein gewöhnlicher Schieber, der Gewehre nach Griechenland liefert, kann einen Bruch mit der Türkei erleichtern; ein Granatenlieferant für Serbien beunruhigt Italien, und eine Geheimlieferung von Maschinengewehren für Ungarn kann in Prag, Belgrad und Bukarest Besorgnis erregen. Der Waffenhandel mag privat sein, aber er übt dennoch seinen Einfluß auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus. . . . So gibt es denn bei allen Großmächten eine *Nebendiplomatie*, deren Tätigkeit sich außerhalb der Kanzleien und manchmal ohne ihr Vorwissen, aber immer ohne Wissen der Parlamente, abspielt. Und da diese Tätigkeit eine Verletzung der offiziellen Verträge darstellen muß (sonst wäre sie ja nicht geheim), läßt sie zwischen den Regierungen und den Völkern einen Zustand der Spannung und des ewigen Mißtrauens entstehen, der sie zu weiteren Rüstungen zwingt."

1928 beliefen sich nach Angabe des Militär-Jahrbuches des Völkerbundes die Kriegsbudgets allein von Europa auf 1537 Millionen Dollars. „Kann auch nur ein einziges Land behaupten, daß seine Ruhe dadurch größer geworden sei?

Einzig und allein die zahlreichen Firmen, in deren Kasse diese Ausgaben fließen, haben etwas davon;

sie arbeiten angeblich für die Sicherung des Friedens, in Wirklichkeit gefährden sie ihn von Tag zu Tag stärker."

Die Hölle des künftigen Weltkrieges schildert Dr. Gertrud Woker, den durch Luftangriffe verstärkten Giftgaskrieg und den schleichenden bakteriologischen Krieg gegen Heer und Zivilbevölkerung. Der beste Beweis dafür, daß mit der bakteriologischen Waffe allein wie in ihrer Kombination mit der Giftgaswaffe in einem kommenden Krieg zu rechnen ist, bietet die Tatsache einer Rüstung der verschiedensten Staaten zum bakteriologischen Krieg. Das Zugeständnis einer Rüstung dieser Art geht unter anderem aus einer Rede des früheren englischen Premierministers Baldwin im Februar 1927 im Unterhaus hervor. . . . Baldwin sagte: ‚Solange man nicht endgültig die Sicherheit hat, daß alle Mächte bereit sind, ein derartiges Verbot (der Giftgase und Bakterien) anzunehmen, muß die britische Regierung Maßnahmen treffen, um in der Lage zu sein, sich gegen Angriffe mit Hilfe von Giftgasen und Bakterien zu verteidigen.'"

So schonungslos und klar das Bild der zukünftigen Kriege gezeichnet ist, so wenig Positives ist darüber gesagt, wie solche Verbrechen verhindert werden können. Zwar schiebt Politis, der Vertreter Griechenlands im Völkerbund, das Gerede über bindende Verträge beiseite. Er weiß, daß durch noch so eindringliche *Worte* und gute *Absichten* der Regierungen der Friede nicht gesichert ist. Aber er sieht als Ausweg nur die Bildung einer öffentlichen Meinung gegen den Krieg. „Je mehr es der öffentlichen Meinung der Welt bewußt wird, was ein neuer Krieg wäre, desto mehr wird sie dahin zu wirken suchen, daß die Regierungen keine Mühen scheuen, um dem Krieg den Weg zu versperren." Es ist erschütternd, daß Politis angesichts der Kriegspsychose in allen Ländern während des Weltkrieges und angesichts des wachsenden nationalistischen Taumels nicht tiefer vorstößt.

Der Vorschlag Politis' bedarf der Ergänzung, wie sie Nelson in seinem „System der philosophischen Rechtslehre und Politik" gibt:

„Das Naturgesetz, daß der mit der größten Macht versehene Wille den Ausschlag gibt, läßt sich auch in der Gesellschaft der Staaten nicht umgehen. Da es doch nur bei dem Stärkeren steht, wie weit er sich der Ueberlegenheit seiner Macht bedienen und sich gewaltsam aneignen will, was ihm nicht freiwillig eingeräumt wird, so ist es im Interesse der Rechtssicherheit, demjenigen, der tatsächlich die Uebermacht besitzt, auch in der Organisation die Vormacht einzuräumen, damit er auch förmlich die Verantwortung für die Regierung übernimmt, statt daß überhaupt alles Recht dem anarchischen Zufall preisgegeben bleibt."

Die modernen Zeitungen und der Krieg.

„Nehmen wir aber sogar ein so hochstehendes Blatt wie die Londoner ‚Times' — die zu einer Zeit eine weltbekannte Zeitung war und es noch heute ist. Als die Deutschen im Jahre 1897 Kiautschau gewaltsam besetzten, sagte die Londoner ‚Times' in einem Leitartikel: ‚Gut gemacht, Deutschland! Dies ist die einzige Art, mit den Chinesen umzugehen.' Wir erinnern uns genau, daß dies der Kern des ‚Times'-Leitartikels war, der hierher telegraphiert wurde. Jetzt aber, im Jahre 1914, da Deutschland und Großbritannien miteinander Krieg führen, und Großbritanniens Verbündeter Japan einen Feldzug gegen Tsingtau unternimmt, was sagt die Londoner ‚Times' jetzt? Die Londoner ‚Times' sagt jetzt: ‚Gut gemacht, Japan! Japan ist vollkommen im Recht, wenn es Rache übt und diese internationalen Diebe und Räuber aus China vertreibt.'"

Aus der Schrift: „Vox clamantis. Betrachtungen über den Krieg und anderes." Von Ku Hung-ming. Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin. 106 Seiten. 2 Mark.

So verschärfen sie die Krise.

Frankreich: Kohlensyndikat im Werden.

Im „Funken“ Nr. 129 haben wir über die Forderung der Gewerkschaften, Bergwerksunternehmen national und international in Syndikate zusammenzuschließen, ausführlich geschrieben. Nachstehend geben wir einen Teil der Rede des Generaldirektors auf der Generalversammlung der französischen Bergwerksfirma Mines de Lens wieder. Diese Rede gibt über die praktischen Schritte Auskunft, die die Unternehmer zur Erreichung dieses Zieles unternommen haben.

Das Interesse, das die Kapitalisten diesem Programm entgegenbringen, sollte Gewerkschaftern, die meinen, sich auf diese Art dem Sozialismus zu nähern, doch zu denken geben.

Kontingentierung.

„Ich habe Ihnen im vergangenen Jahre gesagt, was wir von der Regierung erwarten. Angesichts des Fehlens eines Zollschutzes — wir sind die einzigen, die keinen haben — haben wir von der Regierung eine Kontingentierungsmaßnahme gefordert. Diese Haltung haben wir voriges Jahr eingenommen, und die Regierung hat am 10. Juli 1931 ein Kontingentierungssystem eingeführt, das sich auf folgendes Prinzip gründet: Den durchschnittlichen Verbrauch Frankreichs in den Jahren 1928, 1929, 1930 zerlegt man in die Anteile, die von den verschiedenen Produzenten geliefert wurden, und erlangt so die Grundzahlen. Die Regierung hat festgesetzt, daß von jeder Verringerung des Verbrauchs zwei Drittel zu Lasten der Einfuhrerlaubnis des Auslandes gehen und ein Drittel zu Lasten der französischen Produktion. Das heißt: wenn der Verbrauch in Frankreich um 10 Millionen Tonnen sinkt, sollen 6,7 Millionen Tonnen weniger nach Frankreich importiert und 3,3 Millionen Tonnen weniger von den französischen Arbeitern produziert werden. Das ist das Kontingentierungssystem. ...

Das System sieht vor, daß alle drei Monate Schätzungen (über den Verbrauch im nächsten Vierteljahr) vorgenommen werden. ... Aber das Unglück ist, daß der Verbrauch schneller sinkt als die Schätzungen; auf Grund dieser Schätzungen, die alle drei Monate gemacht werden, werden aber die Einfuhrerlaubnisse erteilt; das Ausland erleidet daher keine so große Verringerung der Einfuhrerlaubnis, wie die Verringerung des Verbrauchs ausmacht. Man kommt immer zu spät!

Dazu kommt noch das Zögern und die Zurückhaltung der Behörde, das nicht jeden befriedigt, mit dem vielmehr eine große Anzahl von Interessenten nicht zufrieden sind. Diese Interessenten finden viele Möglichkeiten, ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Sie finden den Weg zu den Ministerbüros, in denen das System durchgeführt wird. ... So kommt man zu dem Ergebnis, daß in den ersten fünf Monaten der Anwendung des Lizenzsystems das Ausland fast 880 000 Tonnen Kohle *mehr* eingeführt hat, als das Lizenzsystem erlauben sollte. Unterdessen hat man, im Maße wie die Verringerung des Verbrauchs bedeutender wurde, die Schätzungsziffern gesenkt, erst auf 75, dann unter 70 Prozent. Wenn die letztgenannte Ziffer strikt angewandt werden würde, würde uns nicht viel Kohle fehlen, und die Lage wäre sehr gebessert.

Ja, das System ist verbessert worden; ich habe Ihnen gesagt, daß es in der Vergangenheit trügerisch war; aber trotzdem betrachten wir es als sehr interessant, und zwar aus dem folgenden Grunde, der der öffentlichen Meinung oft entgeht: Das Ausland wird gezwungen, die eingeführten Mengen auf 70 Prozent der Grundzahlen zu beschränken; wir sind dadurch in bezug auf die Menge geschützt, der französische Arbeiter (oder vielmehr der polnische Arbeiter, der zum Profit der französischen Kapitalisten arbeitet! H. M.) kann etwas mehr französische Kohle fördern. Aber das hindert das Ausland nicht daran, im Preis Konkurrenz zu machen. Wenn wir also in bezug auf die *Mengen* geschützt sind, so sind wir es nicht in bezug auf die *Preise*. Wir sind der ausländischen Konkurrenz völlig ausgesetzt. Hierüber ist gewiß viel zu sagen.

Bildung internationaler Kartelle?

Als wir von der Regierung die Einführung des Kontingentierungssystems gefordert haben, wußten wir, daß die Kontingentierung, wenn sie wirklich nützlich sein sollte, von Verträgen, von nationalen und internationalen Abkommen begleitet sein müßte. Das ist einmal, zweimal, zehnmal in Genf wiederholt worden. Die Regierung hat uns direkt aufgefordert, in dieser Richtung zu gehen. Sie hat uns aufgefordert, uns mit den ausländischen Produzenten zu unterhalten und zu versuchen, ein zusammenhängendes System, eine rationelle Organisation zur Verteilung der Kohle auf die verschiedenen Verbraucherländer einzurichten.

Wir hatten gedacht, in internationaler Hinsicht etwas erreichen zu können, als wir im Herbst 1931 von den britischen Produzenten aufgefordert wurden, uns am Versuch der Errichtung einer solchen Organisation zu beteiligen. Aber wir hatten kein Glück; wir sind fast zur gleichen Zeit in den Zug nach London gestiegen, als die britische Regierung den Goldstandard aufgab und daher den Preis aller britischen Produkte um fast 30 Prozent verringerte. Die Briten lieben uns sehr, aber sie lieben uns weniger als ihr Interesse und weniger selbst als ihr in engem Maßstabe betrachtetes Interesse. Die Entscheidung der britischen Regierung bedeutete, daß englische Kohle in Frankreich zwischen dem Montag und dem darauffolgenden Dienstag um 33⅓ Prozent billiger verkauft werden konnte als am Abend zuvor.

Da sagten sich die Engländer: ‚Welch unverhoffter Fund, welche gute Gelegenheit, um unsere alten Stellungen wieder einzunehmen: Was es auch kosten mag, wir wollen unsere alte Stellung als Hauptkohlenlieferant von Frankreich wieder erobern.‘ Und die Preise sind in der Tat um ein Drittel gesunken.

Die französische Regierung hat zwar schüchtern einige Wochen lang einen Ausgleichszoll von 15 Prozent erhoben, hat es aber der französischen Kohlenindustrie überlassen, sich einer Preissenkung der Konkurrenz in Höhe von 20 bis 25 Prozent anzupassen. In Frankreich gibt es viele Kohlenverbraucher; angesichts ihrer Klagen hat die Regierung den zeitweiligen Ausgleichszoll aufgehoben, und wir mußten den gesamten Folgen des Falls des Pfundes ins Gesicht sehen. ... Keine Industrie kann solche Schläge vertragen.

Bildung nationaler Kartelle.

Wir sind also auf dem Wege zur internationalen Verständigung keinen Schritt vorwärts gekommen. Auf dem Wege zur nationalen Verständigung ist etwas Wichtiges unternommen worden, aber vielleicht nicht alles, was wir hätten tun können. Am 29. März 1932 wurde ein Uebereinkommen mit den Kohlenbecken Süd- und Mittelfrankreichs geschlossen, um den Verkauf unserer Kohle in 36 Departements — die inzwischen zu 38 geworden sind — zu verteilen. Dieses Uebereinkommen wurde der „Vertrag Mitte und Süd“ genannt. Wir haben die Kohlenbecken Mitte und Süd gebeten, uns ein gleiches System für unsere natürlichen Verkaufsgebiete zuzuerkennen, was bis dahin nicht bestand. Inzwischen ist am 15. April eine Verständigung erzielt, und am 19. April anerkannt worden. Sie wird

„Vertrag zwischen den Kohlenbecken“

genannt. Jedes Kohlenbecken weiß jetzt, wie sein Verkauf auf die verschiedenen Teile Frankreichs zu verteilen ist. Um mögliche Ueberschreitungen zu verhindern, sind Strafzahlungen festgesetzt worden. Das ist also wirklich eine zusammenhängende und rationelle Verteilung unserer Produktion.

Unserer Ansicht nach müßte dies Uebereinkommen durch

Verträge innerhalb der Kohlenbecken

vervollständigt werden. Diese Verträge bestehen noch nicht, und ich kenne wohl den Grund dafür: in allen diesen Fragen hat man zuerst die eigenen Interessen im Auge und es ist nötig, sich auf eine höhere Plattform zu erheben, um das nationale Interesse zu sehen.“

•

Mit dem nationalen Interesse meint dieser Herr natürlich das Interesse der nationalen Kapitalistenklasse, soweit sie Kapital im Bergbau angelegt hat. Die Interessen der Verbraucherschaft sind durch diese Art der Wahrnehmung nationaler Interessen geradezu ausgeschlossen.

Wenn man statt „nationale Interessen“ einsetzt: „Interessen der gesamten Arbeiterschaft“, dann kann man den letzten Satz des Herrn Generaldirektors allen Gewerkschaftssekretären ins Stammbuch schreiben:

Sie sollen sich über die Interessen der Bergarbeiter ihres Bezirks oder ihres Landes erheben und die Interessen der gesamten Arbeiterschaft im Auge haben.

Hilde Meisel (Paris).

Spanien: Schwerindustrie verlangt Subventionen.

Der spanische Industrieverband hat sich an das Ministerium für öffentliche Arbeiten und an die Cortes (das Parlament) gewandt, um Subventionen für die Schwerindustrie zu erhalten. Die übliche Begründung: Es gelte, den Ruin bedeutender Werke und die damit verbundene Steigerung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die Schwerindustriellen haben folgenden Plan ausgearbeitet, an dem die Ausrechnung besonders interessant ist, welcher Teil des Betrages unmittelbar für Löhne und Gehälter ausgezahlt wird. Der Plan sieht so aus:

Walzwerkerzeugnisse:

7 Mill. Peseten für die Umwandlung von eingleisigen in zweigleisige Eisenbahnstrecken.
5 Mill. Peseten für die Renovierung von Eisenbahnstrecken.
10 Mill. Peseten zur Herstellung von rollendem Material.
6 Mill. Peseten für den Bau von Lokomotiven.

Insgesamt 34 Mill. Peseten; für Löhne und Gehälter sollen davon verwandt werden 6 800 000 Peseten, die zur Beschäftigung von 4500 Arbeitern während sechs Monaten bei einem Durchschnittsgehalt von 10 Peseten täglich ausreichen.

Konstruktionswerkstätten:

10 Mill. Peseten für Bau und Montage von Brücken.
9 Mill. Peseten für rollendes Material.
9 Mill. Peseten für den Bau von Lokomotiven.

Insgesamt 28 Mill. Peseten; für Löhne und Gehälter sollen davon 12 960 000 Peseten, die zur Beschäftigung von 8630 Arbeitern ausreichen, verwandt werden.

•

Der Anteil der Löhne an den aufgewandten Mitteln ist also außerordentlich gering. Beim Wohnungsbau wäre er in Spanien sicher mindestens ebenso groß wie in Deutschland, wo bekanntlich etwa 40 Prozent der für den Wohnungsbau aufgewandten Mittel unmittelbar in Löhren ausgezahlt werden.

Auch in Spanien versucht man, das Pferd Konjunktur am Schwanze aufzuzäumen. Eine Erhöhung der Massenkaufkraft würde auf natürlichem Wege dazu führen, daß die Schwerindustrie besser beschäftigt wird. Statt dessen verwendet man die sicher nicht im Ueberfluß vorhandenen Mittel zu Subventionen an die Schwerindustrie, beschneidet damit die Massenkaufkraft und verhindert so eine Belebung der Konjunktur. H. H.

Will auch die Schweiz autark und arm werden?

Auch in der Schweiz ziehen viele aus dem Rückgang der Ausfuhrziffern (auf die Hälfte der Vorjahresziffern!) den Schluß: Die Schweiz muß sich noch mehr unabhängig machen vom Weltmarkt.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ tritt diesem „neuen Kurs“ entgegen. Einige Ausführungen aus ihrer Nr. 1411, vom 28. Juli, geben wir hier wieder, weil sie am Beispiel eines kleinen Landes deutlich zeigen, wohin der Verzicht auf weltwirtschaftliche Arbeitsteilung führen würde:

„Es sieht stark danach aus, als ob die traditionellen Lebensenergien der schweizerischen Wirtschaft sich nun doch vor der ‚höheren Gewalt‘ der internationalen Krise verfrüht beugen wollten. Nicht daß es uns an Kampfmaßnahmen aller Art gebricht; aber dieser sogar auf die Spitze getriebenen Betriebsamkeit fehlt eines, was die wirtschaftliche Schweiz trotz ihrer Kleinheit groß gemacht hat: der Drang nach vorwärts. Rückwärts gewandt — im Sinne eines Entwicklungsideals — sind die Blicke nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch schon die eines Teiles der Handels- und Industriekreise; nicht nur der konservativen, sondern in Wahrheit auch der ‚radikalsten‘ Bevölkerungsschichten. Zurück in eine engere, gebundenere, ärmlichere Wirtschaftsform, — denn für die Weite und Freiheit, die unser Land reich gemacht hat, ist (angeblich) in der heutigen und künftigen Weltwirtschaft kein Raum mehr.

Zurück in den ökonomischen Fassungsbereich unserer vier Wände, denn die Luft draußen ist zu scharf für unsere Lungen.

Das ist ungefähr der Extrakt jener teils resignierten, teils sogar sehr angriffslustigen Geistesrichtung, die heute allzu schnell nicht nur (was verständlich wäre) zu vorübergehendem, sondern zu dauerndem Verzicht auf den ‚alten Kurs‘ bereit ist oder gar die aufgezwungene Rückentwicklung als ethisch-moralischen Fortschritt preist.

Belgien, das an Volkszahl nur doppelt so groß ist und jetzt noch über 330 000 ganz oder teilweise Arbeitslose zählt, erlebt trotzdem heute eine wahre Renaissance der liberalen Wirtschaftsidee, von der ja auch das jüngste Zollabbauabkommen mit Holland Zeugnis ablegt. Und wir, die wir längst nicht so schwer betroffen sind, wollen vorzeitig kapitulieren? Darin und nicht in den — freilich keineswegs rosigen — Tatsachen unserer Konjunkturentwicklung liegt die wahre Gefahr für die Zukunft der Schweizer Volkswirtschaft. Denn eine Schweiz, die nicht nur die Vorposten, sondern schon ihre Kerntruppen vom Weltmarkt zurückzuziehen gesonnen ist, wird niemals wieder, auch bei einer günstigsten Wendung der Weltwirtschaftssituation nicht, die Grenzen eines übervölkerten, schlecht und recht fortvegetierenden Ländchens überschreiten. Dann, aber auch erst dann, könnte das heute unsinnig mißbrauchte Wort von ‚Uebervölkerung‘ und ‚fehlendem Nahrungsmittelspielraum‘ trübe Wirklichkeit werden.“

Reichsbank-Beanspruchung am Monatsende normal.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardforderungen	Wechsel, Schecks	Notenumlauf	Giroguthaben	Gesamt-Geldumlauf
28. 7. 1931	1353	160	203	316	2864	4195	585	5868
30. 7. 1931	1363	246	249	347	3273	4454	834	6162
23. 6. 1932	823	138	1	103	2869	3717	400	5640
30. 6. 1932	832	130	2	261	3100	3984	473	6055
23. 7. 1932	754	138	5	102	2922	3722	359	5682
30. 7. 1932	766	128	48	224	3108	3967	380	6054

Die Deckungsbestände haben sich insgesamt um 2 Millionen Mark vermehrt. Für rund 10 Millionen Mark wurde Gold (vermutlich russisches) gegen Devisen gekauft.

Die Auslehnungen haben sich zum Monatsende um 351 Millionen Mark erhöht, um ungefähr ebensoviel wie Ende Mai (374 Millionen).

Der Zahlungsmittelumlauf ist mit 6 054 Millionen Mark fast genau so groß wie Ende Juni und etwas niedriger als vor einem Jahr. Es bleibt die Frage: Ist er nicht in Anbetracht der geschrumpften Wirtschaft sehr groß? Vor allem: *Unter welchen Umständen* darf man eine Erhöhung riskieren, etwa um Arbeitsbeschaffungsprogramme zu finanzieren? Unsere Antwort darauf ist bekannt. Wir wollen sie hier nicht wiederholen, sondern nur davor warnen, aus der Tatsache, daß der Notenumlauf kleiner ist als im Vorjahr, *voreilig* den Schluß zu ziehen, man könne ruhig *ohne weiteres* Kreditausweitung riskieren.

Rpt.

TSCHECHOSLOWAKEI

Auch hier Bankensanierungen mit Staatszuschüssen! Nach langer Hinauszögerung ist das Sanierungsprogramm für 12 Banken fertiggestellt. Der zu deckende Gesamtverlust beträgt 3080 Millionen Kronen (385 Millionen Mark), wovon etwa die Hälfte auf zwei Großbanken entfällt. Die Verluste werden folgendermaßen gedeckt: Eine Milliarde Kronen zu Lasten der Aktionäre, 1550 Millionen Kronen zu Lasten des Staates, der auf 800 Millionen Kronen Bankeinlagen verzichtet und für 750 Millionen Kronen Schuldverschreibungen hergibt; ferner übernimmt der Staat nach bewährtem deutschem Muster die Garantie für 525 Millionen Kronen Bankeinlagen.

ENGLAND

Gegen die Konkurrenz des Oels: Bergwerksbesitzer und Kohlenausfuhrhändler fordern die Aufhebung der Zollfreiheit für eingeführte Oele, die als Heiz-, Licht- oder Kraftquelle benützt werden. — Mit anderen Worten: Sie wollen Konkurrenten los sein!